

Rundgebung der Pariser Telegrafendirektoren. 600 Angehörige der Pariser Telegrafendirektoren haben Donnerstag früh auf dem Ufer eine riesige Kundgebung gegen den Finanzminister Caillaux veranstaltet, der ihr Gehalt, ihnen die auf drei Jahre verteilte Gehaltserhöhung sofort zu bewilligen, in die Kammer abgelehnt hat, obwohl der Senat das Gesetz bereits bewilligt hatte. Man beabsichtigt die Wiederholung der Kundgebungen.

Neue Arbeitslosen Demonstration in Wien. Gestern vor-mittags waren wieder mehrere tausend arbeitslose Männer und Frauen, die von sozialdemokratischen Abgeordneten geführt wurden, durch die Ringstraße. In einem Vorortbezirk wurde eine Versammlung abgehalten. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfälle.

Verurteilung wegen Zarenbeleidigung. Das Militärbezirksgericht in Wilna verurteilte den Gemeinen Antonow wegen Majestätsbeleidigung zu sechs Jahren Zwangsarbeit. Eine so schwere Strafe wegen Majestätsbeleidigung steht einzig da und erregt in allen Bevölkerungskreisen den lebhaftesten Unwillen. Es wird erwartet, die Militärbehörden seien bestrebt, durch drastische Strafen unsterbliche Ideen im russischen Heere zu erstickten.

Parteiangelegenheiten.

Genosse Walter Stoeker, dem das Einjährig-Dienstverpflichtung wurde, hatte sich Donnerstag mittag vor der Erziehungskommission als Gemeiner zur Aushebung zu stellen. Er wurde dem Landsturm ohne Waffe überschrieben, braucht also nicht zu dienen.

Schlesien und Polen.

Lebnitz, 27. Februar. Vom eigenen Fuhrwerk überfahren und getötet. Der in der Dampfsegelei beschäftigte Kutscher Klempner hatte das Unglück, durch einen von ihm geleiteten, mit Ziegeln beladenen Wagen überfahren zu werden. Man schaffte den Schwerverletzten in das hiesige Malteserkrankenhaus, wo er starb.

Wrocław, 27. Februar. Bodenloser Leichtsinn. Der Arbeiter Häusch in Steinlich ließ seinen geladenen Revolver auf dem Tische liegen. Der sechs Jahre alte Enkelsohn eignete sich den Revolver in einem unbedachten Augenblicke an und benutzte damit zu spielen. Unvorsichtig entzündete er die Waffe und die Ladung zerriss dem Kinde den Unterkiefer.

Ziębice, 27. Februar. Ein furchtbares Eisenbahnunglück hat sich hier am Mittwochabend gegen 9 Uhr ereignet. Der etwa 45-jährige Fleischhauer und Viehhändler Adam aus Paris bei Naumburg a. O. kam mit seinem Fuhrwerk aus Ziębice vor als von Löwenberg her ein gewaltiger Zug herantam, der hinter einigen Güterwagen Langholzlaster führte. Als die Güterwagen vorüber waren, mußte er in dem undurchdringlichen Nebel geglaubt haben, der Zug sei zu Ende, und so fuhr er direkt in einen Langholzwagen hinein. Ihm wurden beide Beine abgefahren, ein Handgelenk über den Körper, das die Eingeweide herausgingen; das Pferd wurde ebenfalls getötet und der Wagen zertrümmert.

Es ist nicht das erste Mal, daß ein Unglück an dieser Stelle passiert, die so gefährlich ist, weil man wegen der starken Krümmung den Zug erst im letzten Augenblick gewahrt. Vor drei Jahren wurde dort das Fuhrwerk des Kutschers Hallmann überfahren und er auf der Stelle getötet. Voriges Jahr wurde der fleischliche Horn dort überfahren und schwer verletzt. Mehrere Unfälle haben sich schon in größerer Zahl ereignet. Es ist unverständlich, daß dort nicht besser Vorkehrungen getroffen sind. So lange nicht hohe Herrschaften an dieser Stelle in Gefahr kommen, wird man wohl vergeblich auf die Beseitigung der tödlich drohenden Gefahren warten können.

Kunigau, 27. Februar. Die Stadtverordneten hielten am Mittwoch eine Sitzung ab, in der nach Kenntnisnahme verschiedener Berichte zum Umbau im Refektorium der Betrag von 10 171 Mark bewilligt und dem erweiterten Tarif für Großabnehmer des Elektrizitätswerkes zugestimmt wurde. Für die Errichtung eines Biemarckturms auf dem Wehberge in der Nähe des Wehhauses am Bover stellten die Stadtverordneten das zum Bau des Denkmals und zum Jungangsweg erforderliche Gelände zur Verfügung. Auf Grund der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung wurde der Reichsversicherungsamt, 1. den versicherungspflichtigen Lehrkräften am Museum und an sämtlichen Volksschulen und den versicherungspflichtigen Gemeindebeamten vom Jahre 1914 ab für den Fall der Erkrankung für die Dauer von 26 Wochen für jeden jährlich beschleunigten Krankheitsstag einschließlich der Sonn- und Feiertage einen Betrag in Höhe des anderthalbfachen Krankengeldes zu gewähren und 2. die vier Schuldner und ihre Frauen, die zwei Turndiener, die Stadtgärtner, den Museumsdiener, die Vorsteherin der Volksschule und die sämtlichen Wehweiser und Schreiberträge zur allgemeinen Ortskrankenkasse als versicherungspflichtige Mitglieder anzunehmen und die Beiträge bis zum 1. April in voller Höhe, von da ab zu einem Drittel, von der Stadt zu tragen. Ueberschreitungen bei der Frosterwaltung in Höhe von 2663 Mk. wurden bewilligt und für Milderung der Wartenstraße der Bahnhofstraße 37.000 Mk., der Sportplatzbaustraße 22.500 Mk. und der Löwenbergstraße 12.300 Mk. bewilligt. Zur Ausführung des Hallenschwimmbades wurden 20.000 Mk. nachbewilligt und der Betrag bis zu 8000 Mk. zur Anschaffung von Geräten für den Jänneraal genehmigt.

Glogau, 27. Februar. Aus dem Stadtparlament. Nach einem Nachruf des Vorstehers für den verstorbenen Stadtrat Landsberger bewilligten die Stadtväter der Leise- und Bücherei des Vereins Frauenvereine einen Zuschuß von 1200 Mark für dieses Jahr. Die Mehrzahl der Leser gehören der arbeitenden Klasse an. (Es wäre nur zu empfehlen, daß mehr moderne Beiträge der Bibliothek zugeführt würden.) Sie ist zwar sehr reichhaltig, aber auch sehr einseitig gehalten. Für den Anmerkenswert werden, weil das Komitee in Aussicht stellt, Glogau mit dem Luftschiff zu übersetzen, 300 Mark bewilligt. Zu dem Denkmal Friedrich II. hatte die Stadt schon 10 000 Mark bewilligt. Jetzt wurden weitere 21 140 Mark bewilligt. Da der sogenannte Denkmalsfonds, ungefähr 13 000 Mark, später an die Stadt fällt, zahlten die Steuerzahler Glogaus tatsächlich für das Denkmal des Preußenkönigs 18 000—19 000 Mk. und dabei ist sonst für bringende Ausgaben kein Geld vorhanden. Es soll ein Gedenktag an die hundertjährige Wehrwehr des Auszugs der Franzosen begangen werden, an dem die Jugend mit „Begeisterung“ erfüllt werden soll! Nach Bewilligungen von Staatsüberweisungen von einigen hundert Mark gingen unsere Stadtväter mit dem schwebenden Bewußtsein nach Hause, wieder einmal sich als wahre Patrioten auf Kosten der Steuerzahler gezeigt zu haben.

Glogau, 27. Februar. In große Lebensgefahr kamen an der Baugrube des Siedbrunnens beim Elektrizitätswerk zehn Arbeiter, die dort Schachtarbeiten verrichteten. Durch den Ueberdruck des Wassers drang durch die 12 Zentimeter starke Bohrlöcher etwas Wasser ein. Unter starkem Geräusch brach der

Wasserdruck die Holzwand wie dünne Bretchen auseinander und in wenigen Sekunden war die Baugrube mit dem Oberfließen in gleicher Höhe. Die Arbeiter hatten Gelbeschweiß ausgenutzt, sich an den Spundbohlen und Wandverkleidungen hinaufzusetzen. Nur der Arbeiter Vacker, der durch den starken Druck der einströmenden Wassermassen zu Boden gedrückt wurde, versank sich in den Spundbohlen und verschwand in der Tiefe. Er konnte jedoch gerettet werden.

Wrocław, 27. Februar. Aus der Partei. Ueber die in der roten Woche zu leistende Parteiarbeit, hielt Genosse Schöllich in der letzten, erfreulicherweise wieder einmal gut besuchten Mitglieder-Versammlung einen Vortrag. Der Redner führte den Parteigenossen vor Augen, wie wichtig es sei, daß jeder in der roten Woche seine ganze Kraft in den Dienst unserer guten Sache zu stellen habe. Hauptächlich soll die Aufklärung unter den Frauen vorgenommen werden, weil letztere oft hindernd dem Manne im Wege stehen. In der darauf folgenden Ansprache wurde scharf gerügt, daß viele Genossen nicht fern stehen. Genosse Schöllich wies darauf hin, daß auch unter der Jugend agitieren muß. In seinem Schlußwort forderte Genosse Schöllich nochmals alle Parteigenossen auf, sich der Partei bei ihrer Vorbereitungsarbeit zu stellen. Alles Nähere wird noch vom Vorstand bekanntgegeben. Als Parteigenossen und Gewerkschaftler! Auf zur Vorbereitungsarbeit! Es fehle keiner!

Wrocław, 27. Februar. Zur Militärtragedie. Die Namen der beiden Vorfahren, die, nachdem sie den Generalmajor v. Voß überlassen und dann freiwillig den Tod auf den Schienen suchten, werden jetzt bekannt. Es handelt sich um den Puzaren Weisk vom 6. Puzaren-Regiment aus Leobschütz und um den Musikfeller Schremer vom 62. Infanterie-Regiment. Der Name und Beruf der beiden Unglücklichen steht noch nicht fest.

Wrocław, 27. Februar. Ueber ein tödlich verlaufenes Duell, dessen Hauptbeteiligte sich aus Feudalen des hiesigen Kreises rekrutieren, sind seit einigen Tagen heimliche Gerüchte im Umlauf. Danach soll ein Oberleutnant Schwelgersch eines mehrfachen Ritterausbesizers im hiesigen Kreise, von seinem Gegner, einem Leutnant d. R., ebenfalls im hiesigen Kreise, bei einem in Polen ausgetragenen Duell erschossen worden sein. Der Affäre liegen, wie wir zuverlässig erfahren haben, seit langem bestehende Liebesgeschichten, die sich zwischen der Frau des Weiblichen und seinem Wiefacher abspielte haben, zugrunde. Eine hiesige Illustration zur Heiligkeit der Ehe, wie sie in jenen Kreisen nicht selten angetroffen wird, ist jedenfalls die Tatsache, daß der eine von den Duellanten — kaum dreißigjährig — bereits „geschieden“ ist und der Weibliche, vielleicht in Verteidigung seiner Ehre, seit längerer Zeit bereits getrennt von seiner Frau lebt. Jedenfalls aber dürfte die letztere, welche ein stark ausgeprägtes Liebestemperament besitzen soll, die Ursache zu dem blutigen Kaufhandel gewesen sein. Selbstverständlich werden solche „familiären Ereignisse“, wenn sie einmal einen ernstlichen Ausgang nehmen, in diesen „gebildeten Kreisen“ nicht ohne moralische Anwandlungen über die „Unsitlichkeit der unteren Volksschichten“ öffentlich und gesellschaftlich totgeschwiegen. Uns kann es ja recht sein, wenn diese edlen Vertreter des „königlichen Rocks“ sich gegenseitig wegnallen.

Wrocław, 27. Februar. Das Prämien-system. Gegen die Einführung des Prämien-systems, das in Wirklichkeit nur eine Umkehrung des abgeschlossenen und rechtsstaatlichen Tarifs ist, wandte sich eine zahlreiche Versammlung der Eisenbruchstma Petrich und Olesner. Für Erfüllung gewisser Bedingungen wird den Arbeitern ein sogenanntes Weihnachtsbescheinigt versprochen. Die Arbeiter sehen darin nur eine Umgehung des Tarifs und eine Beeinträchtigung ihrer persönlichen Freiheit, die mit Nachteilen für ihre Gesundheit verbunden ist und außerdem der Willkür der Vorgesetzten Tür und Tor öffnet. In einer einstimmig angenommenen Resolution verpflichtete sich die Arbeiterschaft, dahin zu wirken, daß die einmal erteilten Verträge eingewallen werden. Notwendig ist es aber, daß alle Arbeiter des Betriebes den Weg zur Organisation finden, denn nur dadurch kann Anfechtung auf den Tarif und die übrigen Arbeiterrechte wirtschaftlich entgegengetreten werden.

Wrocław, 27. Februar. Zu den Haus-suchungen in den Redaktionen des „Dziennik Poznanski“ und des „Kurjer Poznanski“ sowie in den Wohnungen der Verleger, der Redakteure und des technischen Personals dieser beiden Zeitungen, insgesamt an etwa 50 Stellen, meldet ein polener Blatt, daß die Durchsuchung zur Beschlagnahme einer größeren Anzahl von Schriftstücken und Manuskripten geführt hat. Auch wurden verschiedene Photographien von Dokumenten des Ostmarkenvereins beschlagnahmt. Die der Haus-suchung zugrunde liegende Anklage bezieht sich vor allem auf die Verletzung des Pressegesetzes und Urheberrechts. Die Haus-suchungen begannen nicht um Mitternacht, was, wie wir schon mitteilten, ungeheuerlich gewesen wäre, sondern früh zwischen 7 und 8 Uhr.

Neueste Nachrichten.

Zum Explosionsunglück in Rummelsburg.

Berlin, 27. Februar. Auf der Stelle des Explosionsunglücks in Rummelsburg war die Feuerwehr noch bis in die Nachtstunden tätig. Ueber 1000 Kilo Benzol und Nitrobenzol sind verbrannt. In späteren Abendstunden wurden noch ein Ingenieur einer anderen Fabrik und zwei weitere Arbeiter vernichtet, sodas die Gesamtzahl der Toten sich möglicherweise auf 13 erhöhen kann. Wilhelm II. sandte ein Beileidstelegramm an die Direktion. Nach Ansicht des Gewerbeinspektors kann die Schuld an dem Unglück kaum dem neuen Mittlapparat zugeschrieben werden. Vermutlich ist einer der anderen Kessel undicht gewesen und hat die Katastrophe herbeigeführt. Die Gewalt des Luftdruckes war so stark, daß Arbeiter, die sich mehrere hundert Meter von der Fabrik aufgehakt haben, umgeworfen wurden.

Fortdauer der Unruhen in Spanien.

Madrid, 27. Februar. Wie aus Valencia gemeldet wird, hat sich die Lage dort noch verschlimmert. Die gesamten Truppen der Garzison sind mobilisiert worden, so daß Valencia einer belagerten Stadt gleich. Keinerlei Verkehr hat gestern stattfinden können. Die Straßenbahnen und

die Omnibusse haben ihren Betrieb eingestellt. Das ganze öffentliche Leben ruht. Für heute werden Verstärkungen von Truppen aus den umliegenden Garnisonen erwartet. Die Elektrizitätsstationen, die Gasanstalt und die anderen Betriebe werden militärisch bewacht. Allgemein nimmt man an, daß heute der Generalstreik erklärt werden wird. Im Laufe des gestrigen Nachmittags fanden abermals Manifestationen statt. Die Gendarmrie wurde mit Steinen beworfen. Truppen gaben zur Warnung mehrere Salven in die Luft ab, worauf sich die Menge langsam zerstreute.

Die Ordensschwindelaffäre.

Paris, 27. Februar. Die Untersuchung der Polizei hat weitere überraschende Resultate angeht. Moser und sein Helfershelfer Branco müssen den Ordensschwindel bereits seit längerer Zeit als drei Jahren betrieblen haben. Denn aus Briefen, die man bei ihnen vorfand, ergab sich, daß sie bereits im Jahre 1910 mit dem Ordenschwindler Valenti in Korrespondenz gestanden haben, dessen Prozeß in Frankreich seinerzeit großes Aufsehen erregte. Weiter hat sich ergeben, daß Moser tatsächlich mit Boischaux- und Rangleitmitgliedern, darunter auch deutschen, in Verbindung gestanden hat, so daß die Verhaftung des Ordenschwindlers voraussichtlich sensationelle Enthüllungen über einen weitverzweigten Ordenshandel zur Folge haben wird. In dem Hotelzimmer Mosers fand man nicht weniger als 300 verschiedene Dekorationen. Die Polizei fahndet augenblicklich eifrig nach einem weiteren Helfershelfer einem Oesterreicher, namens Friedrich Dahn, der für Moser und Branco in Deutschland den Kundenfang betrieben hat und zwar unter hochgehenden adelichen Namen. Am häufigsten gab er sich als Graf Sique de Champans aus und stellte sich aeröhnlich als Ritter unglücklicher hoher Orden vor. Weitere Verhaftungen sollen unmittelbar bevorstehen.

Er mordung eines Franzosen in Mexiko.

Paris, 27. Februar. Vier aus Mexiko eingelaufene Telegramme bestätigen die Ermordung eines französischen Untertanen durch Japankisten. Der Ermordete soll Simon oder Simson heißen. Nähere Einzelheiten sind hier noch nicht bekannt.

Vier junge Leute zur Fremdenlegion verschleppt.

Mann, 27. Februar. Vier ist gestern am Rheinfufer ein Mädchenpost angetrieben worden. Die Flache erhielt einen Zettel mit folgender Aufschrift: Wir sind zur Fremdenlegion verschleppt. Befreit uns schnell. Der Zettel war baltier Straßburg, 1. Dezember 1913, und von vier Leuten unterschrieben. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet.

Faschingsherze und Duelltod.

Meg, 27. Februar. Die Veranstaltung des Duells zwischen dem Leutnant Saage und dem Leutnant von La Balette-Sankt Georas, bei dem der beleidigte Leutnant Saage den Tod fand, ist in Vordängen zu suchen, die sich auf einem Fasching-Ball abspielten. Leutnant von La Balette trat zu der jungen Frau seines Kameraden in Beziehungen, die, wie das Generalkommando mitteilt, selbst unter Verächtlichung der Karnevalsstimmung einer schweren Ehrenkränkung des Ehemanns gleichkamen. Unter diesen Umständen war ein Pistolenduell unter schwersten Bedingungen unvermeidlich. Leutnant Saage, ein allgemein beliebter und streblamer Offizier, war 23 Jahre alt und erst seit kurzem verheiratet. Seine Ehe war kinderlos.

Auf der Suche nach den Debrecziner Attentätern.

Budapest, 27. Februar. Aus Ugram wird gemeldet: In einem Kaffeehaus erlitten gestern abend ein fremder Herr mit einer Dame. Auf den Mann paßte die Beschreibung, die die Polizei über den Debrecziner Bombenattentäter Alexander Mandaschewski in Händen hat. Auch auf seine Begleiterin paßte die Beschreibung von der Artistin Bugarsky ganz genau. Ein Budapestler machte die Polizei auf die beiden aufmerksam, die ihre Vorführung veranlaßte. Der Mann konnte sich nicht legitimieren und seine Auskunft über seinen Aufenthalt in den letzten Tagen geben.

Die Suffragetten.

London, 27. Februar. Eine der ältesten und schönsten Kirchen Englands, die Pfarrkirche zu Whitelock in East Coaston, die aus dem 12. Jahrhundert stammt, ist gestern morgen von Suffragetten niedergebrannt worden. In der Nähe der Brandstelle fand man Suffragettenliteratur und ein Plakat, das eine Warnung an McKenna und Asquith enthielt.

Brand im Gefängnis.

New York, 27. Februar. Im Gefängnis zu Montreal ist ein Brand ausgebrochen. Bisher wurden acht Gefangene als Leichen gefunden. Das Feuer wütet weiter.

Zittau, 27. Februar. Im zweiten sächsischen Wahlkreis Groß-Schönau-Ebersbach erhielt der nationalliberale Kandidat Fabrikbesitzer Müller 10.221, der Gauleiter des Legiarbeiterverbandes Zwar (Soz.) 6287 Stimmen. (Siehe Politische Uebersicht.)

Preussische Spindelarbeit. Als lästiger Ausländer aus-gewiesen wurde nunmehr der sich in Berlin aufhaltende Schriftsteller M. Lunatscharsky. Er hat innerhalb 12 Stunden abzureisen und Preußen zu verlassen. In dem russischen Studentenverein „Birogoff“ hatte er am 23. d. M. einen Vortrag über die russische Literatur und Maxim Gorki gehalten. Der zweite Vortrag, der die Kritik der gegenwärtigen Kunst und Emile Zola behandelte, wurde bekanntlich verbündet. Vor Beginn der Veranstaltung wurde Lunatscharsky zur Polizei gebracht, wo ihm die Ausweisung bekanntgegeben wurde.

Ein davongelagerter Polizeikommissar. Unmittelbar nach der Brandmarlung der Essener Polizeipraktiken durch den Genossen Que im Abgeordnetenhaus ist der Kriminalkommissar Lechnitz, der seit Jahren in Essen für die unverkämteste Verhütung des Arbeiterjugends, der Arbeiterportoren und der Voten sorgte, aus dem Dienst entlassen worden. Verrat von Dienstgeheimnissen, welche die Essener „Arbeiterzeitung“ dem Lechnitz nach-gewiesen hatte, sowie ständige Verletzungen sollen die Ursache des Entlassens sein.

Eine Frau und zwei Kinder erstickt. Durch einen Zimmerbrand in Gramsdorf bei Schönberg (Meklenburg) erstickte die Frau und zwei Kinder des Arbeiters Oberp. Der Mann und das dritte Kind wurden schwerkrank in das Lübecker Krankenhaus gebracht.

Sechs Bauernhäuser durch einen Meteor zerstört. In der Nähe des Dorfes Schendlowitz im Gouvernement Melch (Rußland) fiel ein gewaltiger glühender Meteorstein zu Boden und zerstörte sechs Bauernhäuser. Panischer Schrecken entstand unter den Bauern, die schnell die Flucht ergriffen und die brennenden Häuser ihrem Schicksal überließen. Die ganze Um-gegend war nach dem Fall des Meteors mit scharfem Schwefelgeruch erfüllt.

Henkel's Bleich-Soda Das Beste zum Einweichen der Wäsche sowie zum Putzen, Scheuern und Spülen. Altbewährt und unerreicht! HENKEL & Co. Düsseldorf.

Rudolf Petersdorf

Größte Bekleidungs-Spezialhäuser im östl. Deutschland

Breslau, Ohlauerstraße 8
Dosen und Königsberg in Preußen

Jede Abteilung

unseres Hauses ist ein Spezial-Geschäft für sich

Wir führen ausschließlich

Bekleidung

fertig und nach Maß für Damen und Herren
Knaben und Mädchen



Unser hiesiges Geschäftshaus wird am Donnerstag, den 5. März dieses Jahres, nachmittags 5 Uhr nur zur Besichtigung eröffnet
Beginn des Verkaufs Freitag, den 6. März, früh 9 Uhr

Handels- Angestellte!

Bis 10 Uhr abends wird heute gewählt.

Beile sie, wer noch nicht im Gewerkschaftshaus war und wähle die Liste I.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 27. Februar.

Stadtverordneten-Versammlung.

Ein eigentümliches Blendfeuerwerk, dessen Zünd nicht ganz erkennbar war, führte gestern ein Teil der liberalen Stadtverordneten auf, als sie eine dringliche Interpellation in Sachen der Ausperrung bei Dinkelhofmann einbrachten, die aber schon erledigt war, ehe man ordentlich eingeschlagen hatte. Stadtv. Wohlfahrt besagte die Folgen dieses Streiks für die Gewerbetreibenden breiter Stadtteile und stellte die etwas allgemeine Frage, ob der Magistrat nichts zur Milderung versucht habe. Er erhielt vom Oberbürgermeister Matting den Bescheid, dass zwar nicht der Magistrat, aber das Einigungsamt des Gewerbegerichts Versuche zur Beilegung gemacht habe, die bisher erfolglos waren, aber doch nicht ausfallslos seien. Nun bekannte sich Herr Wohlfahrt für die Zukunft und die ganze Sache war erledigt. Was von den bisherigen Versuchen erfolglos waren, welche der streikenden Parteien sich den Einigungsversuchen widersetzt hatte, darüber fiel kein Wort. Es schien überhaupt eine Rede darüber zustande gekommen zu sein, den Streitfall sachlich nicht zu debattieren und die Führer der Arbeiterpartei brauchen dieser Absicht nicht entgegenzuhandeln, denn vor der Stadtverordnetenversammlung wird dieser Kampf sicher nicht ausgefochten, und so wenig sie Anlass haben, Einigungsverhandlungen auszuweichen, so wenig brauchen sie sich dazu drängen. Nach alledem blieb Zünd und Mucken der liberalen Schnellkurs-Interpellation gänzlich schleihaft.

Am Beginn der Sitzung hatte es bereits eine längere Debatte um die Neuregelung des Submissionswesens gegeben, die um ein Jahr vertagt werden soll. Die Handwerksmeister hatten in vielen ihrer Versammlungen dem Wunsch Ausdruck gegeben, bei der Vorbereitung der neuen Submissionsbedingungen in einer besonderen Kommission gehört zu werden. Sie standen auf dem Standpunkt, daß der Magistrat dabei einseitig Partei ist und daß die Baudeputation erstens nicht unabhängig und zweitens nicht umfassend genug sei, um die Stimme des Praktikers genügend zur Geltung kommen zu lassen. Diese Wünsche der Handwerker fanden gestern nur bei Herrn Mühlbach einen Fürsprecher, den Stadtv. Wiener vom Arbeiterstandpunkt aus unterstützte. Die anderen Redner, die liberalen Herren Müller, Heilberg und Wolff, brachten den Antrag ihres eigenen Parteifreundes Mühlbach zu Fall, zum Teil, indem sie gegen Stadtv. Wiener polemisierten. Verwunderlich war es auch, daß alle konservativen und liberalen Stadtverordneten gegen den Wunsch der Handwerksmeister, auf Ersetzung einer gemischten Kommission stimmten.

Eigentümlich berührte das Verhalten des Oberbürgermeisters Matting in einer Vertragsache mit der Eisenbahndirektion, der die Neuanlegung der Verbindungsbahn im Zuge der Friedrichstraße betrifft. Die Stadt hatte dabei mancherlei Lasten übernommen und wünschte als Gegenleistung die Anlegung einer Straße oder eines Fußweges, der im Zuge der Friedrichstraße die Leichstraße mit dem Bahnhofgebäude verbindet, also am Bahndamm entlangging. Die Straße müßte dabei allerdings durch den Garten gehen, den jetzt nach einer Mitteilung des Stadtv. Müllers der Eisenbahndirektion selbst als Privatgarten benutzt und der vielleicht später einmal für Zwecke des Bahnhofs gebraucht wird. Der berechtigte Wunsch nach Besserung der Verkehrsverhältnisse wurde von der Eisenbahndirektion nicht nur glatt abgelehnt, die Behörde folgte ihrem Schreien noch den Satz hinzu, daß sie von ihrem „Enteignungsrechte in beschleunigtem Verfahren Gebrauch machen“ würde, wenn sich aus diesen Differenzen das Scheitern der Verhandlungen ergäbe. Diesen unpassenden Ton wies der Referent, Stadtv. Müllers, aus Selbstachtung für die städtischen Behörden zurück und — siehe da — schon stand der Oberbürgermeister auf und versicherte, er habe dabei gar nichts gefunden, die Antwort der Eisenbahndirektion sei doch ganz sachlich... Und Schweigen herrscht rings im Saale ob solcher Selbstüberwindung!

In flottem Tempo ging dann die Beratung weiter, selbst kritische Vorlagen, wie die Anlegung der Gleisbahn am Südpark, wurden ohne allzustanden Aufenthalt erledigt und bald war man am Beginn der Debatte über die Spezialrats. Hier kam die Beratung allerdings zum Stehen, als Stadtv. Finger bei den Etats der Krankenhäuser noch einmal den Wunsch nach Erhöhung der Pflegegelder in den Krankenhäusern nachbetete und einige ihm vom Stadtv. Zimmer gegen die Vergleichen machen Mitteilung unter gewandter Verdrückung gegen die Klassen anführte. Stadtrat Weber und die Stadtv. Reich, Mühlbach und Döbe traten dem allzu stürmischen Verlangen des Herrn Finger entgegen und besonders Genosse Döbe beleuchtete die Art „Mittelstands-fremdschheit“, die in der Belastung des Handwerksmeisters mit höheren Klassenbeiträgen liegt.

Vergabung von Arbeiten und Lieferungen.

Der Finanzausschuß und der Bauausschuß empfehlen, die Vereinbarungen über die Vergabung von städtischen Arbeiten und Lieferungen bis 1. Januar 1915 weiter bestehen zu lassen mit der Maßgabe, daß bis dahin Änderungsvorschläge gemacht und die Wünsche berücksichtigt werden, die man von den beteiligten Handwerkern gewünscht hat.

Die Berichterstatter Stadtv. Bielewsky (lib.) und Heintze (lib.) empfehlen, die Vorschläge der Ausschüsse anzunehmen.

Stadtv. Wiener (Soz.): Die Angelegenheit ist für die Stadt, wie für die Einwohnerschaft von größter Wichtigkeit und wir können nur wünschen, daß bald etwas geschieht. Ich glaube, Herr Mühlbach würde einen Antrag auf Einsetzung einer Studienkommission stellen, doch scheint es bisher nicht geschehen zu sein, weshalb ich einen solchen Antrag stelle. Die Schäden des jetzigen Verfahrens im Submissionswesen sind allerorts bekannt. Sie haben Ursachen der verschiedensten Art, schlechtere Lieferung, schlechtes Material, schlechte Abgabe usw. In den früheren Vertragsbedingungen ist wenig für die Arbeiter getan worden. Auf Festsetzung der Arbeitszeit, Vermeidung von Heimarbeit, Koalitionsrecht der Arbeiter, Beschäftigung, ist nicht geachtet worden. Viel und arg sind die Klagen, daß die baupolizeilichen Vorschriften nicht innegehalten werden, wodurch Arbeiter und Passanten in Gefahr kommen. Was wir fordern ist in vielen Städten und von ganzen Staaten bereits erfüllt und es hat sich überall bewährt. Vor allem bitte ich aber, daß in die Kommission auch Mitglieder meiner Fraktion gewählt werden. Ich glaube, daß wir etwas zustande bringen werden, was die Stadt, die Arbeiterschaft und die Einwohner befriedigt. (Bravo.)

Stadtv. Mühlbach (lib.): Ich habe eine Denkschrift überreicht mit allen Wünschen der Handwerker, Unternehmer und Arbeiter. Bei gutem Willen kann vieles zugunsten der Beteiligten und zum Wohle der Stadt geändert werden. Die Stadt Köln hat sich auch mit dieser Frage beschäftigt und vergibt die Arbeiten nicht mehr an den Willkürigen, sondern an angemessenen Preisen. Es sind bei uns Mißstände vorhanden, die unbedingt auszuräumen sind.

Stadtbaurat Berg: Wir sind mit den Vorarbeiten nicht so weit, um Ihnen alles zu unterbreiten; doch der Magistrat will Ihnen eine Vorlage bringen, wo die Vergabung von Arbeiten und Lieferungen eingehend geregelt wird. Das eine oder andere Verfahren läßt sich keineswegs ohne weiteres von uns übernehmen. Wir müssen da genau prüfen. In der letzten Zeit haben wir uns durchaus nicht mehr auf den Standpunkt gestellt, dem Willigsten die Arbeit zu geben. Wir setzen uns jedesmal mit der Bedingungsstelle der Handwerkskammer in Verbindung und haben so eine Uebergangszeit geschaffen. Das Selbstbestimmungsrecht des Unternehmers darf bei alledem nicht leiden. Ich kann mir denken, daß ein Unternehmer unter dem Selbstkostenpreis arbeitet, um nur überhaupt Arbeiten zu haben. Dieses Recht muß der Unternehmer haben. Angebote von Leuten, die nicht rechnen können, müssen wir allerdings zurückweisen. Es werden nicht selten von großen Unternehmern solche Unterangebote gemacht. Manchmal kommen auch Schwindelangebote, die absichtlich unter alle Preise gehen, um nur wieder Arbeit und Kredit zu haben. Man rechnet dabei auf die Stadt als guten Zahler und kopft mit dem Gelde andere Löcher zu. Ich halte für unsere Vorarbeiten eine Studienkommission nicht für nötig; etwaige Wünsche können uns als Material überwiegen werden. Wo die Bauarbeiter-Vorschläge nicht beachtet werden, da bitte ich Sie, mir alle Fälle zu melden.

Stadtv. Wiener (Soz.): Nachdem der Antrag Mühlbach eingegangen ist, kann ich den meinigen zurückziehen. Ich wiederhole nur meine Bitte, bei Bildung der Kommission auch meine Fraktion zu berücksichtigen. Vom Herrn Stadtbaurat bin ich mißverständlich worden. Ich habe Vorwürfe nicht gegenüber der Stadtbauverwaltung, sondern gegenüber der Baupolizei erhoben und gewünscht, daß der Polizei besser auf die Finger geachtet wird. Das nötige Material hierüber werden wir beibringen. Herr Mühlbach sagt, in seinen Anträgen seien auch die Interessen der Arbeiter berücksichtigt. Ich gebe zu, daß einige Wünsche berücksichtigt sind, doch aber eben nur einige. Dem Herrn Stadtbaurat möchte ich noch sagen, daß doch in der Versammlung Sachverständige vorhanden sind, deren Mitwirkung bei der Regelung nur zu wünschen wäre. Der Herr Stadtrat hat es selbst als unmoralisch bezeichnet, wenn ein Unternehmer den anderen zu unterbreiten trachtet, und doch hat er einen Frankfurter Unternehmer, der das getan hat, entschuldigt. Solche Millionen wissen sich stets auf Kosten der Arbeiter und Angestellten schadlos zu halten.

Stadtv. Heilberg (lib.): Daß das Submissionswesen Mängel aufweist, geben wir wohl alle zu, aber so schnell kann darin nichts geändert werden, wie es Herr Wiener meint. Ich bitte Sie, keine Studienkommission einzusetzen. In den verschiedenen städtischen Verwaltungskörpern noch eine Studienkommission einzusetzen, das ist durchaus nicht zweckmäßig. Nicht weil ich mit Herrn Wiener nicht übereinstimme, sondern weil ich mit ihm einverstanden bin, bitte ich, die Verzögerung durch eine Studienkommission nicht zu beschleunigen. (Bravo.)

Stadtv. Müller (lib.): Ich muß dem entgegenstellen, daß die Baupolizei auf den städtischen Bauten nicht scharf genug sei. Nichts ist verletzlicher und wichtiger als das: gerade auf den städtischen Bauten ist die Aufsicht der Baupolizei sehr streng. Es ist auch ausgeschlossen, daß die Arbeiter unter den schlechtesten Angeboten der Unternehmer nur einen Pfennig Lohn verlieren. Aber seinen Lohn nicht erhält, der fordert ihn, klagt ihn beim Gewerbegericht ein und bekommt dort sein Geld.

Stadtv. Wiener (Soz.): Herr Heilberg hat das bureaukratische Verfahren mit Grauen geschilt. Aber bis zum 1. Januar haben wir genügend Zeit und deshalb bitte ich wiederholt, dem Antrag Mühlbach zuzustimmen. Herr Müller sagt, es läme nicht vor, daß Arbeiter sich etwas abziehen ließen. Aber lesen Sie denn keine Zeitungen? Wissen Sie nichts von Hinzegardisten, deren sich Unternehmer bedienen, um Lohnabzüge durchzuführen und, daß dann die Polizei aufmarschieren muß, damit die Lohnabzüge ungehindert durchgeführt werden können. Es mag vorkommen, daß einmal ein Arbeiter zu Unrecht auf das Gewerbegericht geht, aber viel zahlreicher sind doch die Fälle, wo die Unternehmer nicht nur verurteilt, sondern wegen ihres Verhaltens vom Vorliegenden getadelt werden müssen. (Bravo! b. d. Soz.)

Oberbürgermeister Matting: Wenn Sie wirklich einen Entwurf bis zum 1. Januar 1915 haben wollen, dann bitte ich Sie, keine Studienkommission einzusetzen, denn dabei kommt nichts heraus. Sie werden einen Entwurf bekommen und können dann Ihre Wünsche äußern. Der Vergleich mit der Arbeitslosenkommission hält sehr.

Stadtv. Wolff (lib.): Das Beispiel mit der Arbeitslosen-Kommission ist das unglücklichste, was gewählt werden konnte. Wir konnten in dieser Studienkommission nur das vorhandene Material prüfen, aber selbst nichts tun, als schließlich dem Berichterstatter zustimmen.

Der Berichterstatter Stadtv. Bielewsky (lib.) meint, es handelt sich nicht um eine Arbeiterfrage, sondern nur um die Submissionsbedingungen für die Unternehmer. Wie das dann auch nicht unabhängig gegenüber anderen Städten. Das Lob über die Bedingungen stellen der Handwerker ist durchaus nicht einseitig; die Studienkommission bitte ich, abzulehnen. Der Berichterstatter Stadtv. Heintze (lib.) schließt sich diesen Ausführungen an.

Ihre Angebote machen, so müssen andere Kreise darunter leiden, es kann dies nicht ruhig hingenommen werden. Es ist unmoralisch, so tief unter die Selbstkosten zu gehen und sich anzubieten. Ich halte eine Studienkommission als das Beste zur Vorbereitung der Sache. Die Magistratsvorlage wird angenommen, der Antrag Mühlbach auf Einsetzung einer Studienkommission abgelehnt.

Anfrage wegen der

Ausperrung in den Dinkelhofmann-Werken.

Stadtv. Wohlfahrt (lib.) und 16 andere Stadtverordnete stellen folgende Anfrage:

Die Unterzeichneten fragen den Magistrat an, ob er gewillt ist, angesichts der schweren Schädigungen, die der wirtschaftliche Streit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Dinkelhofmann-Werks den Gemeinwesen und den Finanzen unserer Stadt zufügt, den Streitenden seine Vermittlung anzubieten.

Die Unterzeichneten beantragen, die Angelegenheit als eine dringliche zu behandeln.

Stadtv. Wohlfahrt (lib.): Die Versammlung ist weder beauftragt noch befugt sich zum Richter über die Parteien aufzuwerfen. Was uns zum Vorgehen bestimmt, das ist, daß Hunderte von Geschäftsleuten, Bäcker, Fleischer usw. durch den Streit schwer geschädigt werden. Die Zahlungen aus den Kassen bedeuten fast nichts gegen den Lohnverlust. Das wirkt zurück auf die Mieten, die Steuern, auf den Stadtsäckel und die Allgemeinheit. Der Magistrat sollte deshalb eine Vermittlung versuchen und wir wären ihm dankbar, wenn er uns sagte, ob er eingreifen wird.

Oberbürgermeister Matting: Zwar nicht der Magistrat, aber das Gewerbegericht als Einigungsamt hat seine Vermittlung angeboten und es ist zu hoffen, daß sie Erfolg hat. Bisher ist ein Erfolg noch nicht eingetreten, aber die Verhandlungen werden fortgesetzt und scheinen nicht ausichtslos zu sein.

Stadtv. Wohlfahrt (lib.): Ich danke dem Magistrat für diese Antwort.

Damit ist die Anfrage erledigt.

Die Verpflegungskosten der Kassemittglieder.

Beim Etat der Krankenhäuser wirft Stadtv. Finger (Soz.) wieder die Frage der Erhöhung der Kosten für die Krankenkassen auf. Die Krankenhäuser erfordern 1.110.000 Mark Zuschuß, und die Hälfte davon werde den Krankenkassen gespart. Die wohlhabenden Steuerzahler, die die Krankenhäuserzuschüsse ausbringen müssen, seien zudem diejenigen, die die Krankenkassenbeiträge für die Arbeiter zahlen. Zwar werde gesagt, daß der Arbeiter zwei Drittel der Beiträge selbst zahlen soll, aber das sei in Wirklichkeit nicht wahr. Der Unternehmer trage die ganze Last der Beiträge, denn was er dem Arbeiter auf einer Seite abziehe, müsse er ihm auf der anderen Seite an Lohn zulegen. Die Krankenkassen gewöhren ihren Mitgliedern eine sehr opulente Behandlung, sogar Schenkmittel werden verschrieben. Da können sie auch erhöhte Krankenhauskosten tragen.

Stadtrat Weber bedauert, auf diese Ausführungen erneut darauf hinweisen zu müssen, daß in diesem Jahre den Krankenkassen unmöglich eine Erhöhung der Verpflegungskosten zugemutet werden kann.

Stadtv. Kaiser (Soz.): Auch der Etatsausschuß hat beschlossen, daß in diesem Jahre eine Erhöhung der Verpflegungskosten nicht angängig ist.

Stadtv. Reich (lib.): Im Prinzip kann man Herrn Finger zustimmen. Früher sind die Krankenkassen als Wohlfahrtsvereine anzusehen gewesen, durch die der Armenetat entlastet wurde. Seit haben sie auch sozial höherstehende als Mitglieder, so daß ihnen eine Erhöhung der Beiträge zu empfehlen ist. Der Arbeitgeber kann eine Beitragserhöhung schon noch ertragen, denn seinem eigenen Fleiß und seiner Intelligenz tragen außer auch die Arbeiter dazu bei, sein Vermögen zu vermehren. In diesem Jahre aber bin auch ich nicht für die Erhöhung.

Stadtv. Mühlbach (Soz.): Ich bin nicht der Ansicht meines Kollegen Finger. Mit demselben Recht könnten sich ja auch diejenigen, die ihre Kinder nicht in die höheren Schulen schicken, sich darüber beklagen, daß sie zu den Schullasten beitragen müssen. Die Krankenversicherung nimmt den Kommunen die Armenkosten ab.

Stadtv. Döbe: Es wird immer so dargestellt, als ob die Stadt den Krankenkassen wunder etwas schenkt, dabei ist der Verpflegungssatz bei allen anderen Krankenhäusern, den staatlichen, den privaten und konfessionellen auch nicht höher. Es ist noch garnicht lange her, da beschwerten sich diese Krankenhäuser, wenn sie keine Kranke zu den bisherigen Pflegekosten zugewiesen erhielten. Schon jetzt beträgt der Beitrag in manchen Kassen 1 Mark für den Arbeitnehmer pro Woche, 50 Pf. für den Arbeitgeber. Die Wünsche des Herrn Finger lauten also darauf hinaus, den Beamten, Klerikern, Anwälten, Rentnern u. dgl. geringere Steuern aufzuerlegen, den Arbeitern und Handwerksmeistern höhere Kassenbeiträge. Das nennt man dann mittelstandsfeindlich! Und wo die Beiträge nicht mehr erhöht werden können, da heißt es eben die Krankenunterstützung für die Familien herabzusetzen. Ist das vielleicht sozial? Was sie planen, ist eine Arbeiter- und mittelstandsfeindliche Maßnahme, daran ändert Herr Finger's Latwadenbeut nicht. Will er aus solchen einzelnen Vorkommnissen Vorwürfe konstruieren, dann muß er sie dem Arzt machen, die Kassen haben bei den Vorarbeiten an Geldmitteln dem Arzte nichts eingureden. Daß sie ihre Gelder nicht ungenutzmäßig anwenden, darüber wacht wohl sehr peinlich die Kassichtbehorde.

Stadtrat Weber: Eine Berechnung ergibt, daß auf die Dienstboten ein Durchschnittsbetrag von 1,70 Mk. für die Krankenhauspfllege entfällt, also etwas weniger als die Krankenkassen bezahlen.

Der Etat wird hierauf vorläufig festgesetzt.

Vertrag mit der Eisenbahndirektion.

Von der Abtretung von Gelände der Eisenbahndirektion zwischen der Reichsstraße und dem Bahnhofsvorplatz, zur Fortführung der Springerkstraße bis zum Bahnhof soll Abstand genommen werden, da sich der Eisenbahndirektion weigert, das Gelände abzutreten. Der Referent Stadtv. Müllers (lib.) bedauert, daß der Status auf die Interessen der Stadt und des Verkehrs so wenig Rücksicht nimmt. Auch bedauerlicher sei der Ton, den die Eisenbahndirektion in ihrem ablehnenden Bescheide gegenüber dem Magistrat eingeschlagen habe. Es wird darin gesagt, daß es „ganz unnützlich gewesen“ ist, mit diesem Antrage zu kommen. Hoffentlich ist dieser Ton, der früher nicht möglich war, eine vorübergehende Erscheinung.

Oberbürgermeister Matting hat nicht die Empfindung gehabt, daß der Ton der Eisenbahndirektion unangemessen war. Er hat darin nur eine sachliche Ablehnung der Eisenbahndirektion gegenüber der Stadt. (Gelächter.)

Die Stadtkasse am Südpark.

Der Bauausschuß und der Finanzausschuß empfehlen, den Magistratsantrag abzulehnen, an der Südparkstraße an der Westseite eine Gleisbahn heranzuführen und dazu ein Geld von 200.000 Mark zu erheben. Der Berichterstatter Stadtv. Heintze (lib.) und Müller erwidern, daß es unangemessen wäre, ein solches Geld zu erheben, wo die Gleisbahn schon vorhanden und anderwärts angelegt werden könnte. Stadtbaurat Berg

berichtigt die Magistratsvorlage, ebenso Stadtv. Matsch (lib.). Nach einem kurzen Schlusswort des Berichterstatters Stadtv. Müller (lib.) wird die Magistratsvorlage abgelehnt und den Ausschüssen zugewiesen.

Der alljährlich übliche Antrag, die vorgesehene Bauausführungen beginnen zu dürfen, nachdem die entsprechenden Geld vorläufig festgesetzt sind, wurde genehmigt. Stadtv. Hellberg (lib.) bittet dabei um bauliche Veränderungen im Jungfernstädte, die den Stenographen ein ungestörtes Arbeiten ermöglichen.

Der Etat des Säuglingsheims wurde vorläufig festgesetzt. Stadtv. Kallier (konf.) regte an, den Namen des Heims zu verändern, um erkennen zu lassen, daß es sich um eine Krankenanstalt für Säuglinge handelt. Wessingford werden heute erkrankte Säuglinge erst unmittelbar in Krankenhäuser gebracht und die Leute mühen von dort erst auf das Heim gewiesen werden.

Die Kettenschleifmaschine des Wiegshauses in Herrnhutlich mußte inand gefest werden, was 2300 Mark kostet; außerdem müssen für das Wiegshaus zwei Waschmaschinen angeschafft werden, die 8400 Mark kosten.

Die Fischkamin für die Straße 36 und die südliche Verlängerung der Straße 34 in Obabschen wird anderweitig festgesetzt.

Der Leichenbestattungsbauhof hat von der Stadt ein Darlehen von 10000 Mark erhalten, das in Raten abzuzahlen ist. Wegen der ungenügenden Lage wird der Bauhof die für 1914 fällige Tilgungsrückstände gestundet; ferner werden ihm weitere 1000 Mark bis 1. Oktober 1914 ausbezahlt.

Der Finanzausschuß empfiehlt, nach dem Wunsch des Magistrats von der Einführung des Einheitspreises für Gas vorläufig abzusehen. Innerhalb drei Jahren soll aber der Magistrat von neuem den Einheitspreis in Erwägung ziehen. Der Berichterstatter Stadtv. Groll (lib.) erwidert in längerer Rede, das Ausschussgutachten anzunehmen. Stadtv. Wollner (lib.) erklärt, er sei solange für einen Einheitspreis nicht zu haben, als es eine Verteuerung bedeutet für den Mittelstand und die Gausbesitzer. Die Versammlung stimmt dem Ausschussgutachten zu.

Dem neu zu gründenden Verein „Schlesische Volkserwerbsheute“ werden 300 Mark bewilligt; dadurch erwirbt die Stadt die immerwährende Mitgliedschaft dieses Vereins.

Die Anlage der Grundstraße zwischen Märktischestraße und der Eisenbahn wird beschlossen.

Stadtv. Eilenz (lib.) wünscht im Anschluß eine Regelung der Märktischestraße, was wegen des starken Verkehrs unbedingt nötig sei.

Der Vorstand des Grundbesitzer Michaelstraße 34 wird für 728 Mark jährlich erworben; es handelt sich um 91 Quadratmeter. Ein Dringlichkeitsantrag verlangt, das Haus Kupferstraße 50/51 für 60.000 Mark anzukaufen. Das wird beschlossen.

Für die Markthausversteigerung im März 1914 werden 2000 Mark zum Verteilen von Preisen bewilligt.

Zum Schulgrundstück Diegnitzerstraße sollen neue Zufahrten hergestellt werden. Die Versammlung beschließt nach dem Magistratsvorschlag.

Im Allerheiligen-Hospital muß ein Dampfessel für Sterilisierungszwecke aufgestellt werden; er kostet 2300 Mark.

Die Theaterstraße am Schauspielhaus war bisher Erbschaftsstraße. Auf Vorschlag des Eigentümers beschließt die Versammlung im Einverständnis mit dem Magistrat, diese Straße vom 1. Januar 1914 an, als öffentliche Straße zu übernehmen.

An den Ruderverein „Arctislabia“ und den Privatier Tschanke werden einige Grundstücke am Weibendamm für 1000 Mark und 350 Mark verkauft.

An der nördlichen Seite des Weibendamms soll ein Fußweg angelegt werden; die Kosten betragen 3500 Mark.

Der Wagenstuppen in der Markthalniederlage Herderstraße 18/18 muß verlängert werden. Die Versammlung bewilligt hierfür im ganzen 26.800 Mark.

Die Versammlung beschließt, die Sterilisierungsanlage der Frauenabteilung im Allerheiligenhospital für 5700 Mark zu erneuern.

Die Mehrkosten des Pfisters im Bahnhofs der Straßenbahn auf der Gabsitzstraße von 18.750 Mark werden bewilligt, für elektrische Glühlichtbeleuchtung auf dem Schmalzplatz vor der Paulusstraße 92 Mark.

An Schweidnitzer Stadtgraben von der Taischenstraße bis zur Siedenbühnenstraße in die Gasanstalt am Berliner Platz und in der Schwertstraße müssen Gasniederdruckleitungen angelegt werden. Die Kosten werden im ganzen auf 175.300 Mark berechnet.

In der Gabsitzstraße werden zwei Grundstücke zum Ausbau der Straße angekauft; es handelt sich um 20 Quadratmeter und 381 Quadratmeter, die zusammen 1830 Mark kosten.

Die Vorlage, 30.000 Mark an den Schlesischen Verein für Luftfahrt zum Dmarkenflug im Juni 1914 zu bewilligen, wird an den Finanzausschuß überwiesen.

Die Frau Prof. Elisabeth Morgenstern hat die Stadt Breslau als Gehalt eingezogen und ihr Abbestände, Silber, ein Grundstück, und Wertpapiere von 15.000 Mark hinterlassen. Die gesamte Erbschaft hat einen Wert von mehr als 70.000 Mark. Die Erbschaft wird angenommen.

Für 22 neue Motorwagen, die 410.000 Mark kosten sollten, sind Mehrkosten von 7000 Mark entstanden. Stadtv. Matsch (lib.) bemerkt, diese Wagen sind zwei Monate zu spät geliefert worden, weshalb die Vertragsstrafe zu zahlen sei. Die Vorlage wird dem Bauausschuß überwiesen; der Berichterstatter Stadtv. Scholz I beantragt, die Magistratsvorlage abzulehnen.

Für 20 weitere Motorwagen und 40 Anhängerwagen sind 15.000 Mark Mehrkosten dadurch entstanden, daß die Räderhaken der Sitze voll ausgefüllt wurden. Die Mehrkosten werden bewilligt.

Der Bierbrunnen aus dem Vergnügungspark der Jahreshauptausstellung soll Goethe- und Ferdinandsstraße angelegt werden; die Versammlung beschließt das.

Vorläufig festgesetzt wurden noch die Etats der Mittelschulen, der Hoch- und Hauswirtschaftsschulen und der Oberrealschule.

Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr abends.

Die Volksschule als Begabungsschule.

Das Mannheimer Schulgesetz ist am Mittwoch im hiesigen Saal für Schulreform eingehend besprochen worden. Den einleitenden Vortrag hielt Stadtschulrat Dr. Siedinger, der im Volksschulwesen bahnbrechend gewirkt hat.

Nach seiner Ansicht sollen in den Volksschulklassen die begabtesten von den unbegabtesten Kindern getrennt werden, weil es dadurch allein möglich sei, gründlich und mit bestem Erfolge zu unterrichten. Es seien vier große Hauptgruppen zu unterscheiden: 1. Die über den Durchschnitt Begabten, 2. die den Durchschnitt erreichenden, 3. die darunter stehenden, 4. die ganz Zurückgebliebenen, die Hilfschulandige sind.

Die Begabungsschule müsse die Schule der Zukunft werden, damit jeder zur höchsten Bildung gelangen könne, die seine Anlagen erlaube. Der Bildungsweg müsse auch jedem Kinde von der Volksschule bis zur Hochschule nur nach dem Maße seiner Fähigkeit freistehen, ohne Rücksicht auf Geburt und Rang.

Die Forderung ist, wie die Breslauer Zeitung berichtet, unter Stadtschulrat Dr. Gass zu tun und verheißt, daß auch die Breslauer Volksschule ein solches baldiges Ansehen erlangen werde und nur allen die achte Schulstufe und die Hochschulbildung bald kommen werden; auch die Anforderungen für die höhere Schule soll erleichtert werden.

Hoffentlich läßt die Umwandlung zum Besseren in unserer Volksschule nicht lange auf sich warten. Seine Forderungen sind, wie ich die Zeitung lesen, im allgemeinen...

Kammermusik-Abend im Gewerkschaftshaus.

Ein hervorragender Kunstgenuss, wie ihn der Bildungsausschuß seinem Publikum bisher noch nicht bieten konnte, erwartet die Teilnehmer des Kammermusikabends, der am nächsten Sonntag, den 1. März, nachmittags 4 Uhr, im Saale des Gewerkschaftshauses stattfindet. Einer der hervorragendsten Pianisten unserer Stadt, Herr Hugo Markt, beteiligt gemeinsam mit Herrn Konzertmeister Heinrichs und dem Cellovirtuosen Herrn Trobitzky das ausgewählte Programm, das durch die Lieder des Fräulein Else Witz eine weitere Bereicherung erhält.

Programme zum Preise von 30 Pf. sind in der „Volkswacht“, Neue Graunstraße 7, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 16, und im Zigarngeschäft, ferner bei Tische, Humboldtstraße 8, bei Meichele, Matthiasstraße 140, und bei Paul Perndt, Leubenstraße 53, zu haben.

Der Nachhruaufang in den Volksschulen.

Nest beginnt der Unterricht in den Volksschulen im Sommer um 7 Uhr früh, in den Wintermonaten um 8 Uhr. Die städtische Schuldeputation beabsichtigt nun, wie es heißt, vom 1. April 1914 an den Unterricht das ganze Jahr hindurch um 8 Uhr beginnen zu lassen; die höheren Schulen dagegen sollen im Sommer den Siebenhruaufang behalten.

Eine Vereinbarung der Breslauer Lehrer hat hierzu beschlossen, die Schuldeputation zu bitten, die Veränderung vorläufig um ein Jahr hinauszuschieben und erst durch eine genaue Umfrage festzustellen, ob der Nachhruaufang für die Kinder und die Eltern das Bessere ist.

Die städtische Fähr an der Hundsfelder Brücke

gibt Anlaß zu recht bedenklichen Klagen. Wie uns Arbeiter mitteilen, müssen oft Hunderte an beiden Ufern warten, während das Boot schwer beladen auf dem Wasser tanzt. Es gibt es aus Land, dann entleert gewöhnlich ein furchtbares Gedränge und ein wilder Kampf um die Plätze, denn jeder möchte rasch übergesetzt werden. Dabei sind naturgemäß die Schwächsten auch am schlimmsten daran. So wurde gestern Abend beinahe eine Frau mit ihren Kindern in die Oder gedrückt. Die Umwehmer des Brabms brach an einer Stelle unter dem Trud der Menschenmassen.

Das sind natürlich unhaltbare Zustände, die dringend der Abhilfe bedürfen. Viele Hunderte, vielleicht gar Tausende Arbeiter sind in den jenseits der Oder liegenden Fabriken oder auf den Booten in Gattow beschäftigt. Sie alle sind gezwungen, mehrmals täglich die Uferfähre zu benutzen. So stehen sich selbstverständlich morgens, mittags und abends gewaltige Menschenmassen an, die mit beängstigender Ungeduld der Beförderung entgegensehen. Jede Minute bedeutet für sie in den Morgenstunden einen Verlust an Lohn und Arbeitszeit, wenn nicht gar Schlimmeres. Auch die Mittagszeit ist sehr lang bemessen und muß eilig ausgenutzt werden. Am Abend aber lohnt man sich endlich nach Hause, um von schwerer Arbeit ruhen zu können. Da ist es doppelt fühlbar, wenn man seinen Weg zu unterbrechen gezwungen ist.

Möglich, daß in den Tagesstunden ein Boot für die Beförderung der Posten genügt. In der Zeit des Andrangs muß der Magistrat aber unbedingt für eine bessere Fahrgelegenheit sorgen. Da genügen kaum 3 Boote, um den Verkehr ordnungsmäßig zu bewältigen. Der jetzige Zustand stellt ungenügende Anforderungen sowohl an die Schiffer, wie auch an die wartenden Bürger. Das darf auf keinen Fall so weiter gehen, bis schließlich Menschenleben zu befragen sind. Der Magistrat hat die Pflicht, hier Abhilfe zu schaffen. Vielleicht genügt dieser Hinweis um die traurigen Verhältnisse zu ändern.

Protestversammlung der Breslauer Drochlenbesitzer.

Im „Goldenen Jezier“ auf der Klosterstraße tagte am Mittwoch eine öffentliche Versammlung der Drochlenbesitzer-Vereine, der Fuhrherren-Zunung usw. Es handelte sich um den § 15 der Polizeiverordnung für das Drochlen-Fuhrwesen, der von den Fahrtscheinern ipriat.

Schon einmal hat sich der Breslauer Drochlenbesitzer-Verein damit beschäftigt und damals beschlossen, alle Interessenten-Vereine zu einer Protest-Versammlung einzuladen. Der § 15 betrifft die Ausübung von Fuhrtscheinern. Das Polizeipräsidium stellt nämlich an die Drochlenbesitzer die Forderung, daß sie während der Fahrt, während nach früheren Polizeiverordnungen nur einfache Fahrtscheine ausgegeben wurden, die den Führer berechneten, am Tage oder in der Nacht zu fahren. Der Verein hat damals, als die Polizeiverordnung vom Jahre 1912 beraten wurde, einen Zusatz zu § 15 verlangt. Der Zusatzinhalte sollte so ausgefaßt werden, daß er für eine Abkündigung der Führer zum nächsten Tage berechnete. Das wurde auch dem Verein zugesagt, aber schließlich weggelassen. Es haben sich nun große Unzufriedenheiten ergeben. Es sei natürlich, wenn Drochlen, Autos usw. bei Tag und Nacht ohne Abwechslung fahren dürfen, daß sich dann das Fuhrwerk vermehrt, wodurch den Besitzern großer Schaden zugefügt wird. Herr Kieger, der den Bericht übernommen hat, schilderte alle diese Nachteile, die durch den § 15 entstehen. Der Verein hat wiederholt beim Polizei-Präsidium und bei der Regierung um Abänderung des § 15 gebeten, sei aber abföhllich beschieden worden. Schließlich sei ein Schreiben von der Regierung eingegangen, daß der Polizeipräsident am Schluß des Jahres 1911 verjungen wird, möglichst Abhilfe zu schaffen und das Fuhrwerk zu vermindern. Herr Kieger betont, daß es unmöglich sei, noch ein Jahr zu warten; es müsse bald etwas geschehen, damit die Drochlenbesitzer, die teilweise in recht schlechter Lage seien, nicht noch mehr geschädigt würden.

In der längeren Aussprache betonte besonders der Vertreter des Vereins der Kraftfahrzeuge, daß die Autos, da sie ein größeres Kapital darstellen, unbedingt Tag und Nacht fahren müssen, damit sich das Kapital verzinst. Er ist der Meinung, daß sich der Protest nur auf die Fuhrtscheinern beschränken soll. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der sich die Versammlung mit den Ausführungen des Herrn Kieger einverstanden erklärt und anerkennt, daß der § 15 einer dringenden Abänderung bedarf. Darum jetzte man eine Kommission ein; die weitere Schritte in der Sache unternehmen soll.

Herr Kieger trugt noch andere Mängel vor; er hält die Nachtlage für ein und zwei Personen für zu hoch und beantragte, beim Polizeipräsidium darüber vorstellig zu werden, daß eine und zwei Personen bei Nacht noch zwei Personen werden sollen. Er rügte es auch, daß der Zuschlag für Rückfahrten im Regelfall konstant ist. Wenn jemand in der Stadt lange gefahren ist, muß er bis 6 Uhr bezahlt hat und er will dann nach auswärts fahren, wo die Fahrt etwa 2 Mark kostet, so muß er, selbst wenn die Fahrt leer zurückführt, noch die Hälfte des ganzen Fuhrpreises zahlen. Herr Kieger glaubt, das sei eine Härte, und halte die Leute ab, sich der Drochlen zu bedienen. Die Versammlung beschloß, beim Polizei-Präsidium in dieser Weise vorstellig zu werden.

Auf der Straße verunglückt. Am Donnerstag vormittag wollte auf der Kleinerstraße ein Mädchen von auswärts von einem Wagen absteigen. Dabei blieb es an einem Nagel hängen und rief sich der Augen linker Oberlidel auf. Da die Verletzung einen starken Miterdruck zur Folge hatte, rief man einen Sanitätsrat der Feuerwehr herbei, die der Verletzten einen Notverband anlegten und sie ins Allerheiligenhospital schafften.

Die fürsorgliche Firma

Die Direktion der Linke-Hofmann-Werke sucht, wie wir schon mitteilten, für ihre nützlichen Elemente Privatwohnungen und schließt Mietverträge ab, die so aussehen:

Die unterzeichneten Linke-Hofmann-Werke mieten für den... bei... Logis für wöchentlich Mk. ...

Rückzahlung jederzeit mit Frist von einer Woche zulässig. — Für Beschädigungen oder vertragswidrigen Gebrauch der Wohnung durch den Benutzer kommen wir nicht auf.

Breslau, den... 1914.
Linke-Hofmann-Werke
Breslauer Aktien-Gesellschaft für Eisenbahnwagen-, Lokomotiv- und Maschinenbau.

Die Firma kennt ihre Pappenheimer zu genau, als daß sie etwa irgend welche Verantwortung für sie übernehme. Sie begnügt sich damit, die Wohnung zu vermitteln. Das Uebrige überläßt sie großzügig dem naiven Vermieter, der vielleicht erst zu spät gewahrt wird, was für einen nettlichen Schlaf-burschen er bekommen hat.

Wir warnen jeden Arbeiter, solche Klausur unter diesen Bedingungen aufzunehmen. Sie würden sicherlich schwer geschädigt sein.

Am Mittwoch tagte im Saale des Gewerkschaftshauses die zweite Versammlung der ausgesperrten Holzarbeiter. Gausvorsitzer Kohl sprach über Zweck und Wesen des Akkordes, das Lohnwesen, die einzelnen verschiedenen Methoden der Zeitlöhne, der Akkordlöhne, die Prämienysteme, sowie die Gruppierungen der Arbeiterleistung, alles zum Vorteil für das Kapital und zum Nachteil der Arbeiter. Einige Instanzen der Versammlung wurden erledigt. Besonders bedauert wurde, daß die Inhaber des Blumengeschäftes Duchahle, Friedrich-Wilhelmstraße 82, des Postgeschäftes Geschwinde, Altenstraße 28, der Mäntel- und Wäscherei Post, Altenstraße 59, sowie Schilke, Holleistraße, in dem Betriebe weiterarbeiten.

Neben diesen belehrenden Vorträgen wird von der Versammlung auch gelegentlich ein Ausflug oder Besuch von Museen und das fleißige Benutzen der Zentral-Bibliothek gewünscht. Zum Schluß ersuchte der Leiter die Ausgesperrten um die größte Ruhe und Ordnung bis zum Schluß des Komplexes.

Stadtvorordnetenversammlung. Die nächste Sitzung der Stadtvorordneten findet am Donnerstag, den 5. März, statt.

Von der Innungsbank. Auf Wunsch der Verwaltung hat am Freitag der amtliche Revisor beim Hauptverband gewerblicher Genossenschaften in Berlin, Herr S u e, eine Deposition vorgenommen und darüber folgendes bescheinigt: „Ich bescheinige hierdurch, daß ich sämtliche in den Depotbüchern der Innungsbank zu Breslau verzeichneten hinterlegten Werte (Deposits) vorgefunden habe. Ueber diejenigen Wertpapiere, welche weiterverhandelt sind und sich daher nicht in den Depots vorfinden, wurden mir Depotaufstellungen der Schlesischen Zentralbank bzw. der Preussischen Zentral-Genossenschaftsbank zu Berlin vorgelegt. Das Gleiche gilt von den weiterverhandelt eigenen Effekten der Innungsbank.“ Auflichtprot und Vorstand der Bank haben, nach der Schluß-Korrektur, jetzt den formellen Antrag gestellt, den Direktor Boockmann aus der Untersuchungshaft zu entlassen.

Aufruhr. Am 24. d. M., nachmittags gegen 5 Uhr, hat eine unbekante Frau ein 10 bis 14 Tage altes Kind (Mädchen), in der Familie Treiba, Paulinenstraße 10, angebracht für kurze Zeit abgegeben, es bisher aber nicht wieder abgeholt. Das Kind lag in einem sauberen weißen Steckhosen und war mit einem grün- und dunkelblau gefärbten Umhang umhüllt. Die unbekante Frau kam in einer Droschke von der genannten Grundstücke vorgefahren; der betreffende Droschkenführer wird hierdurch ersucht, sich sofort im Zimmer 47 des Polizeipräsidiums zu melden.

Breslauer Schwurgericht. Am 2. März 1914 beginnen unter dem Vorsitz des Landgerichtsrat Dr. Böhm die zweiten diesjährigen Schwurgerichtsverhandlungen. Es sind folgende Strafsachen angesetzt: Montag, den 2. März: Kürschner Josef Schmell und Ehefrau Ida aus Breslau wegen schwerer Urkundenfälschung, Dienstag, den 3. März: Fabrikarbeiter Hermann Langner aus Rosenthal wegen Mordversuchs, Mittwoch, den 4. März: Frau Anna Beier, geschiedene Müller wegen Weineides, Donnerstag, den 5. März: Saisonarbeiterin Franziska Dreigier aus Galkhin wegen Kindesmord, Freitag, den 6. März: gegen den früheren Postagent, jetzt Schneider Georg Henke aus Ratibitz, Kreis Oslaw, wegen Mitterbrechens.

Selbstmordversuch. Am Donnerstag, mittags gegen 12 Uhr, schoß sich auf einer Bank im Südpark ein unbekannter Mann aus einem Revolver eine Kugel in den Kopf, worauf er schwer verletzt zusammenbrach. Nach dem vorgefundenen Mitterpaß handelt es sich um einen Heizer namens Hannig.

Ein Kind überfahren. Auf der Westendstraße hat ein Bäckerlehrling ein dreijähriges Kind, das an der Hand seines Vaters den Fahrdamm überschreiten wollte, mit dem Fahrrad umgefahren und erheblich verletzt.

Einbruch. In ein Vorkostgeschäft auf der Friedrichstraße sind Diebe in der Nacht zu Donnerstag eingedrungen und haben daraus eine Menge Eier und Butter gestohlen.

Kollidierfähle. Am Mittwoch wurde von einem Kollwagen ein Karton, gezeichnet N. R. 3438, der Rohrtabak enthielt, gestohlen. Von einem Kollwagen, der am Eingangsbereich des Güterbahnhofes Breslau-West stand, ist ein G. G. 1188 gezeichneten Ballen, enthaltend zwei Stück weiße Leinwand, gestohlen worden.

Taschendiebstahl. Einem Arbeiter, der sich am Mittwoch nachmittags um einen auf der Straße liegenden betrunkenen Mann bemühte, wurde sein schwarzes ledernes Portemonnaie mit 9,50 Mark aus der Tasche gestohlen.

Ein Brillant gestohlen. In einem Geschäftshaus auf der Nikolaistraße ist am Mittwoch in der Mittagszeit einem Herrn, der im Waschraum, während er sich die Hände wusch, seinen Ring, einen schmalen goldenen Ring mit hochgesetzten kleinen Brillanten, auf den Waschtisch gelegt und dort vergaß, dieser Ring entwendet worden.

Verbrechen wider lebendes Leben. Eine hiesige Gebärmutter ist am Donnerstag festgenommen worden, da sie einen strafbaren Eingriff bei einer Kaufmannsrau vorgenommen hat, der den Tod der Behandelten herbeiführte.

Straßenverengung. Wegen Ausführung von Arbeiten an der Gausstraße wird die Neuhofstraße zwischen Neuhofstraße und Karlsplatz vom 2. bis 21. März, die Springerstraße zwischen Bösch- und Theaterstraße wegen Kanalarbeiten einschließlich der halben Kreuzung mit der Böschstraße vom 2. März ab auf acht Wochen für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

Straßenfälle. Am Donnerstag wurde auf der Wehlgasse ein Schulmädchen durch einen einspännigen Mordwagen umgefahren. Das Kind erlitt Verletzungen am linken Unterschenkel und mußte mittels Droschke in die elterliche Wohnung gebracht werden. Ebenfalls am Donnerstag wurde eine Obstandlerin beim Überqueren des Fahrdammes der Sandstraße von dem Motorwagen eines Straßenbahnwagens erfasst und zu Boden geschleudert. Die Frau trug erhebliche Verletzungen am linken Bein, an der Hüfte und am Kopf davon und wurde von Sanitätsmännern der Feuerwehr nach dem Allerheiligenhospital geschafft.

Breslauer Justiz.

Diese Bezeichnung hat in Deutschland und darüber hinaus einen besonderen Klang. Hat man doch überall als Gefühl, und im Reichstage ist es nicht weniger ausgesprochen worden, daß in Breslau der Kampf gegen die Sozialdemokratie auch im Gerichtssaale geführt wird. Richter wie M u n d r y und J a n s k e fühlen sich in ihrer Linie als Schlichter des Staates, als einer über einer Volksstehenden Organisation, die um ihrer selbst willen erhalten werden müsse. Unser Streben, dieses Staatsgebilde den wirtschaftlichen und ideellen Bedürfnissen der Gegenwart anzupassen, sehen sie als einen Anriff auf das heiligste Gut der Menschheit an; vergessend, daß eben dieser Staat, den sie zu schützen meinen, ein in fortwährenden Umwälzungen gewordenes Gebilde ist; vergessend daß Unzufriedenheit und Revolutionen die menschliche Gesellschaft von der Barbarei zur heutigen Zivilisation geführt haben. Gesetze normen, tote Worte, vielleicht vor hundert Jahren einmal unter ganz anderen Verhältnissen geschaffen, gelten ihnen als unantastbar. Wenn wir diese stagnierende Masse in Fluß bringen wollen, gelten wir ihnen als moralisch minderwertige Menschen, als Verbrecher und wären es in den Augen bedeutender Männer die vornehmsten Persönlichkeiten. Tut nichts. Wer an unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung festern will, ist ein ethisch anrüchlicher Mensch, so entscheiden die Berufsrichter. Besonders der Beamte dürfe es sich nicht etwa einfallen lassen, heimlich Anhänger der Sozialdemokratie zu werden. Der Landgerichtsdirektor M u n d r y glaubte es sich in seiner geschätzten Stellung gestatten zu können, Beamte, die zur Sozialdemokratie gehen, als „Schweinehund“ zu bezeichnen. Dieser Ausspruch und vor allem die zahlreichen von Breslauer Richtern gegen Träger der Arbeiterbewegung verhängten harten Strafen, haben sicher nicht dazu beigetragen, das Vertrauen zur Justiz im deutschen Volke und vor allem bei den vier Millionen Sozialdemokraten zu heben oder gar die Gegenseite zu mildern. Im Gegenteil. Derartige Urteile sind für unsere Kampfsache sehr wertvoll. Hat doch der gewöhnliche Mann ein sehr fein ausgebildetes Gerechtigkeitsgefühl, das nicht von toten Gesetzesparagrafen entwickelt wird.

Am Donnerstag hat wieder einmal ein Breslauer Bericht (die 4. Strafkammer unter dem Vorsitz des Herrn Landgerichtsrat B l e i s c h) ein Urteil gegen den verantwortlichen Redakteur der „V o l k s w a c h t“, Genossen F ö r s t e r, gefällt, das den vier Millionen deutschen Sozialdemokraten ein Schlag ins Gesicht sein wird, das aber auch darüber hinaus tiefstes Befremden erregen muß. Diese drei gelehrten Richter haben in der Behauptung, daß ein staatsfeindlicher Mann mit der Sozialdemokratie Verbindungen anzuknüpfen suche, einen ehrenrührigen Vorwurf, eine Beleidigung gesehen. Also klipp und klar werden da von der preussischen Justiz Sozialdemokraten als politische Paria bezeichnet, mit denen zu partieren ehrlos wäre. Dieses Urteil steht wohl in der deutschen Judikatur einzig da.

Den Anlaß zu diesem auffeherregenden Urteil gab ein an sich unbedeutender Vorfall in dem benachbarten Groß-M o s c h e r n. Bei Gelegenheit einer im vergangenen Frühjahr hier vorgenommenen Gemeindevertreter-Wahl war von uns so nebenher erwähnt worden, daß einige Grundbesitzer an unsere dortigen Genossen mit einem unerbittlichen Wunsche herangetreten seien, gemeinsame Sache zu machen, als sie sich aber in bestimmter Form festlegen sollten, davon Abstand genommen hätten. Auf diese allgemein gestaltete Politik schied die (Gutsbesitzer S c h o l z, S a m p e l u. G e i s l e r eine Verichtigung, in der sie mitteilten, daß es ihnen nicht einfallen würde, ein derartiges Abkommen nachzusuchen. Auf eine nachmalige Rücksprache mit unserem Gewährsmann und Anhörung einer Anzahl anderer Personen konnten wir dagegen feststellen, daß ein Maurerpolier K i t t l a u s überaus erzählt hat, daß er von S a m p e l beauftragt worden sei, eine Fühlung mit den Sozialdemokraten behufs gegenseitiger Unterstützung herzustellen. Wir brachten die Verichtigung, hielten aber andererseits unsere ersten Angaben aufrecht. Auch eine hierauf folgende zweite Verichtigung druckten wir ab, fügten aber eine fragende Bemerkung an. Wegen dieser drei Artikel strengten die erwähnten Gutsbesitzer Privatklage an. Diese wurde nach vielem Hin und Her endlich zum ersten Male am 31. Januar d. J. vor dem hiesigen S c h ö f f e n g e r i c h t verhandelt. Hierbei stellte sich eine sehr ausführliche Tatsache heraus. Der Zeuge K i t t l a u s, der übrigens viel mit den genannten Herren zu tun hat, stellte sich erst hin und wollte von der von ihm verbreiteten Erzählung, daß er beauftragt sei, die Sozialdemokraten behufs eines Wahlbündnisses zu sondieren, überhaupt nichts wissen. Als aber eine ganze Anzahl Personen ebenfalls unter ihrem Eid ausjagten, daß ihnen K i t t l a u s diese Mitteilung in bestimmter Form gemacht habe, da fehlte diesem launischen Zeugen nach und nach das Gedächtnis wieder. Er gab nun zu, daß er den Leuten das alles erzählt habe, daß er sich aber die ganze Geschichte aus den Fingern gezogen habe. Als Grund hierfür gab er — immer unter seinem Eide! — an, daß die Sozialdemokraten ihn durchaus zu ihrem Kandidaten machen wollten, und um sich das vom Halbe zu schaffen, hätte er dieses Mägengebebe erfunden. Es sei hier eingeschaltet, daß seitdem festgestellt wurde, daß die Bekundung nicht der Wahrheit entspricht; daß unsere Genossen vielmehr mit dem K i t t l a u s da er sehr dem Alkohol ergeben, nichts zu tun haben wollten, und ihn deshalb aus der Partei, der er nur ganz kurze Zeit angehört, hinausdrängten. Dessen ungeachtet stellte die „Deutsche Tageszeitung“ feinerzeit diesen Mann als unseren V e r t r a u e n s m a n n hin. — In der erwähnten Verhandlung vor dem Schöffengericht wurden die Kläger, die sich als Konservative durch die Unterstellung beleidigt fühlten, sie hätten mit Sozialdemokraten ein Wahlbündnis schließen wollen, mit ihrer Klage in zwei Punkten abgewiesen, nur in dem dritten Falle wurde Genosse F ö r s t e r wegen eines formalen Fehlers zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Drei Viertel der Kosten sollten die Kläger tragen, entschied das Gericht, in dem Männer aus dem Volke als Schöffen saßen. Dagegen war Berufung eingelegt worden. Anträge, die dahin zielten, zu beweisen, daß in einer ganzen Reihe von Fällen Konservative (s. v. V o l k u. a.) im sozialdemokratischen Wahlbündnis angingen, wurden vom Gericht letzter Instanz abgelehnt.

In der gestrigen Verhandlung hielt zwar der gegnerische Anwalt nicht eine so wüste Reichsberühmungsrede wie das letzte Mal, wo er die Sozialdemokratie als unmoralisch und unmenschlich hinstellte und meinte, ein normal empfindender Deutscher dürfe sie nicht einmal mit dem Rodämel strafen, aber auch diesmal konnte er nicht umhin, ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie,

und sei es auch nur zu einem bestimmten Zwecke, als ehrenrührig hinzustellen. Die Sozialdemokratie wäre nun einmal eine Feindin der heutigen Gesellschaft, die sie mit Gewaltmitteln beseitigen wolle, sie sei kulturfeindlich, wie sie auch durch und durch unmoralisch sei. Ein jeder vaterlandstreuer Deutscher müsse es als eine tiefe Beleidigung empfinden, wenn ihm unterstellt würde, daß er mit ihr freundschaftliche Beziehungen habe. Zwar mußte er auf Vorhalt antworten, daß Fälle vorgekommen, wo angelegene konservativere Politiker sich um sozialdemokratische Wahlbündnisse bemüht hätten, dessen ungeachtet fühlten sich seine Mitmenschen beleidigt. Er beantragte bei der Schwere der Beleidigung von einer Geldstrafe abzusehen und eine fühlbare Gefängnisstrafe zu verhängen.

Rechtsanwalt Wandmann als Verteidiger des Angeklagten, wies in seinen logischen und sachlich scharfen Ausführungen nach, daß das Urteil der Vorinstanz, soweit auf Abweisung der Klage erkannt war, durchaus berechtigt war. Es gehe auch nicht an, ein gelegentliches Zusammengehen mit der größten Partei Deutschlands, um das wohl kaum einer der im öffentlichen Leben stehenden Politiker bei irgend einer Frage herumkommen, als Beleidigung anzufassen, weil die drei Gutsbesitzer in dem kleinen Reste Groß-Moschorn im Gegensatz zu der allgemeinen gültigen Meinung der künftigen Anstalt seien, hierin liegt eine Beleidigung. Auch sonst beleidigte er vom juristischen Standpunkte aus das Unantastbare dieser Anschauung und forderte in allen drei Punkten Freisprechung.

Genosse F ö r s t e r wies in seinem Schlusswort darauf hin, daß viele sehr bedeutende Männer, denen die Welt viel verdankt, über die Sozialdemokratie ganz anders denken; daß sie von diesen Großen im Geiste als eine große, gewaltige und ethisch hoch einschätzende Kulturbewegung angesehen werde. Sowohl J o h n s o n, B o n a p a r t e, B i r n s o n, W a l l a c e, A n a t o l e F r a n c e, selbst der amerikanische Milliardär und Philantrop C a r n e g i e habe anerkannt, daß nur wenig Menschen von den Nationen geleitet werden, als die Sozialisten. Aber auch bedeutende konservative Politiker haben sich ähnlich ausgesprochen; so Professor Dr. G a n s D e l b r ü c k in den „Preussischen Jahrbüchern“, wo er sagt, daß „Stunst, Wissenschaft und Bildung haben sich in Deutschland unter die Fittiche der Sozialdemokratie flüchten müssen“. Wir sind so weit, diese Partei schon gar nicht mehr entbehren zu können.“ Auch bedeutende Theologen haben ähnlich geurteilt. Und nun soll mit einem Male die Verhöhnung mit der Sozialdemokratie, in der nach der Meinung des Pastors Klassen die beste Kraft des deutschen Volkes steckt, beleidigend sein? Das ist nicht möglich.

Und dennoch ist dem so. Die gelehrten Richter der hiesigen Strafkammer entschieden:

Der von den Privatklägern eingelegte Berufung wird stattgegeben und die beiden Freisprüche aufgehoben und die Berufung des Angeklagten, soweit die Verurteilung zu dreißig Mark Geldstrafe erfolgte, verworfen. Das Gericht nimmt an, daß der in den drei Urteilen zutage getretene und nicht einmal auftretende Gedanke, die Kläger hätten ein Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie beabsichtigt, für die Kläger als Mitglieder der konservativen Partei zweifellos in weiteren Kreisen dieser Partei als ehrenrührig und sie in der Achtung ihrer Mitbürger herabzuziehen geeignet sei.

Auch die Vertretung berechtigter Interessen müsse dem Angeklagten abgesprochen werden; denn die „Volkswacht“ als die Gemeindevorsteher-Wahl in Groß-Moschorn garnichts an. (1) Es sei auch der Angeklagte nicht mit der nötigen Vorsicht zu Werke gegangen. Er hätte sich durch Klagefrage nochmals veranlassen müssen, ob er alles stünne. (Die Schöffengerichtsverhandlung mit ihrer Zeugenvernehmung hat zwar ergeben, daß diese Klagefrage sehr genau ausgeführt wurde.)

Der Angeklagte wird darum für jeden Teil zu 20 Mark, im ganzen also zu 40 Mark Geldstrafe und Publikationsbefugnis verurteilt.

Ein Maulkorb für Pfarrrer Nieborowski.

Dem Pfarrrer Nieborowski in Reichthal ist, wie die „Reißer Zeitung“ mitteilt, von dem fürstbischöflichen Generalvikariate untersagt worden, Versammlungen, wie er eine im Elisabeth-Hause in Breslau gehalten hat, fern zu erlauben und auf denselben Neben zu halten.

Das Zentrum braucht sich also um Sanftabreibungen nicht mehr zu bemühen, höhere Mächte haben dem Pfarrrer den Mund ganz und gar geklopft. Und die Schöffen in Schweigen ebenfalls still dazu, so will es ja — die Autorität!

Auch eine öffentlich-politische Versammlung.

Am 12. Dezember 1913 hielt die Breslauer Ortsgruppe des Militärarbeiter-Verbandes eine Versammlung ab, in der Herr B u s c h o l d aus Mägen, der Hauptvorsitzende, über die Gründung einer Pensionskasse für die Militärlöhner sprach. Es wurden Resolutionen an den Reichstag und an die Militärverwaltung teilschlossen. Das gab der Polizei Anlaß, die Versammlung als eine politische anzusehen, weil die Resolutionen den Zweck gehabt hätten, auf den Staat, seine Gesetzgebung und Verwaltung einzuwirken, und das reichte aus zum Begriff „politisch“. Offensichtlich sei die Versammlung gewesen, weil jeder, wer nur hinein wollte, ohne weiteres Zutritt habe erlangen können. Der Leiter und Einziger der Versammlung, der Vorarbeiter Friedrich R o s e des hiesigen Militär-Bekleidungsamtes, beruhigte sich indes nicht bei der Strafverfügung, sondern erhob Einspruch. Durch seinen Verteidiger machte er vor dem hiesigen Schöffengericht geltend, die Versammlung habe weder einen politischen Charakter gehabt, noch sei sie öffentlich und für jedermann zugänglich gewesen. Wenn Resolutionen an den Staat beschloffen worden seien, so müsse man doch aber berücksichtigen, daß in diesem Falle der Staat als der Arbeitgeber der petitiionierenden Militärarbeiter in Frage kam. In der Versammlung seien Einladungen nur an Militärarbeiter gerichtet worden, und es sei kaum anzunehmen, daß sich andere Berufsangehörige eingefunden haben sollten, die doch das Thema gar nichts anging. Wichtig sei allerdings, daß eine scharfe Zensurkontrolle nicht stattgefunden habe. Das Gericht behalte sowohl den öffentlichen, wie auch den politischen Charakter jener Versammlung und erkannte gegen Rose auf sechs Mark Geldstrafe. Wir halten den Standpunkt des Schöffengerichts für anfechtbar.

* Ein Heiratschwindler gefaßt. Am Mittwoch gelang es der Kriminalpolizei, einen gemeingefährlichen Betrüger, der schon vielfach vorbestraft ist, dingfest zu machen. Es ist der Gemeindefürsorge a. F. G e o r g J ä c k e l. Obgleich der Mann verheiratet ist, hat er doch durch Heiratsannoncen, die er in hiesigen Zeitungen erließ, mit verschiedenen heiratslustigen Mädchen Beziehungen angeknüpft. Im Verlaufe seines Verlethes mit ihnen wußte er dann durch Angabe von allerlei Vorwänden und Gründen sie zur Vergabe ihrer Erbschaften zu bringen. Soweit bisher feststellbar, ist ihm dieser Schwindler in zwei Fällen gelungen; in einem dritten scheiterte sein ganzes Manöver an der Vorrichtung des betreffenden Mädchens, das Verdacht schöpfte und sich an die Gendarmerie wandte. Die Kriminalpolizei vermochte festzustellen, daß der Mann bereits wegen verschiedener Betrugsgeheimen ge-

kräft worden ist. Es ist auch ermittelt worden, daß er beispielsweise einem hiesigen Rüstschmiedmeister eine Belagerrung abschwand, um sie, ohne Bezahlung geleistet zu haben, unbenutzt weiter zu vertrieben. Es ist zu vermuten, daß sich Jäcckel noch weiterer Verbrechen schuldig gemacht hat; geschädigte Personen werden daher von der Kriminalpolizei erbeten, sich Schußbrüche Nr. 46, Zimmer 12, zu melden.

* Drahtstahlfabrikanten in Breslau? In der vergangenen Nacht um 1 1/2 Uhr bemerkte ein Wächter der Wach- und Schließgesellschaft bei seinem Rundgange, daß an der Ecke P a c h a l n s t r a ß e und G u n d s f e l d e r C h a u s s e e ein starkes Drahtseil quer über den Straßendamm gespannt war. Das Seil war an zwei Chausseebäume in einer Höhe von 1,25 Meter fest angebracht und mehrfach umschlungen. Durch die Sperrung der Gundsfelder Brücke müssen sämtliche Fuhrwerke und Autos diese Stelle passieren. Es gelang dem Wächter, das Drahtseil mit Hilfe seines Seitengewehrs zu entleeren, bevor ein größeres Unheil geschehen war. Ob es sich hier um einen losen Büchsenstreich oder um einen beabsichtigten Überfall und Veranlassung handelt, konnte noch nicht ermittelt werden; ebenso fehlt von den Tätern jede Spur.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Esperan. Einen Sieg errungen haben unsere Genossen bei der hier gestern abgehaltenen Gemeindevorwahl. Genosse S c h ö n f e l d e r wurde in der 3. Klasse mit 12 gegen 6 Stimmen gewählt. In der zweiten Abteilung siegte Schmiedemeister N i e l mit 3 Stimmen und in der 1. Abteilung Metzgermeister W o l f r a m mit einer Stimme.

Auch diese Wahl zeigte, wie notwendig das Einsetzen der Wählerliste ist. Sogar unter früherer Kandidat, Genosse W i l b e, war übersehen worden. Viele Arbeiter durften nicht wählen, weil sie nicht eingetragene waren. Es wird noch eine Ergänzungswahl der 3. Abteilung abgehalten, bei der ein Befestigung gewählt werden muß. Wenn die Arbeiter auf dem Posten sind, liegen wir auch hier sicher.

Schlesien und Posen.

Deuthen O., 27. Februar. Aus dem Summary des Mädchenhändler-Prozesses. Am Mittwoch wurde vor der hiesigen Strafkammer gegen den in die Lubelski-Affäre verwickelten Gerichtsfunktionär D o l l a wegen Amtsverbrechens verhandelt.

Dolla war beim Untersuchungsrichter des hiesigen Landgerichts als Sekretär tätig und hatte in seiner Stellung Einblick in die Akten, die sich mit der Lubelski-Affäre beschäftigten. Dolla fuhr mit den Lubelski-Akten, die schon längst zur Ermittlung von Zeugen weggeschickt werden sollten, nach Myslowitz, um Spediteur Wetmann Einsicht in die Akten zu geben. Wetmann soll jedoch das Anerbieten des D. abgelehnt haben, da er mit der Sache nichts zu tun haben wollte, und benachrichtigte schließlich den Polizeirat Wächter von dem Anerbieten des D. Dieser ließ den Gerichtsfunktionär acht Tage lang durch einen arbeitslosen Beamten beobachten. Als festgestellt wurde, daß aus den Lubelski-Akten auch zwei wichtige Briefe fehlten, wurde er festgenommen. Der Angeklagte gibt zu, zweimal im letzten Drittel des Jahres 1913 nach Myslowitz gefahren zu sein, um dort einen Bekannten namens W i t t e r zu treffen. Er gibt ferner zu, Wetmann aufgesucht zu haben, verweigert jedoch den Grund dieses Besuchs; Wetmann habe ihn mit einem großen Wortschwall aus versehen, habe die Affäre Lubelski berührt und von dem Schaden gesprochen, den er, Wetmann, durch die Festnahme des Lubelski bisher bereits gehabt habe. Von Bedeutung ist die Art, wie Dolla auf dem Rückwege von Myslowitz verfahren ist. Er wechselte mehrmals die Straßenbahn und hatte anfangs eine Strecke mit der Hauptbahn zurückgelegt. Der Vorstehende gibt der Vermutung Ausdruck, daß Dolla wahrscheinlich bemerkt habe, daß ihm ein Mann auf den Fernen war.

Nach zwölfstündiger Verhandlung beantragte der Staatsanwalt ein Jahr und sechs Monate Gefängnis. Die Strafkammer erklärte sich aber als unzuständig und verwies die Angelegenheit an das Schwurgericht.

Ahnung, 27. Februar. In der Tollmut gestorben. Der Sohn der Familie D i e f e d o r f in Paruschowitz, der von einem tollwütigen Hunde gebissen wurde und sich deshalb in das Kaiserliche Institut nach Breslau begeben mußte, ist an dieser entsetzlichen Krankheit gestorben.

Ahnung, 27. Februar. Die Gefahren der Grube. Nach amtlicher Meldung wurden in der Nacht zum Mittwoch auf dem Schreiberbacht der Charlottengrube sieben Mann durch zu Bruche gehende Gesteinsmassen abgesehen. Alle konnten nach Verlauf einiger Stunden unverletzt und ohne in irgend einer Weise Schaden genommen zu haben, geborgen werden. Dagegen wurde auf demselben Schacht ein anderer Bergmann von einer Lokomotive überfahren und getötet.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt. R. S. 100. Wenn Zeugen dafür vorhanden sind, daß der Hauswirt erklärt hat, der Mieter soll sofort ausziehen, dann ist die Forderung des Hauswirts auf Miets für Februar unberechtigt. Der Mieter kann es in diesem Falle ruhig auf eine Klage ankommen lassen.

Als alleinwertiges Waschmittel ist



Minlos ^{schon} Waschpulver

Wie ein Mann hängen Millionen davon.

1909

Nur echt mit dieser Schutzmarke
sehr langsam, geschäftig und geräuschlos

Preis: 25 Pfennige das Ein-Pfund-Paket

Zu haben in allen Drogerien, Kolonialwaren- u. Lebensmittelgeschäften

Deutscher Reichstag.

222. Sitzung, Donnerstag, den 26. Februar, nachmittags 1 Uhr.
Am Bundesratsstische: Wackerzapp.
Die zweite Beratung des

Etat des Reichseisenbahnämtes

wird fortgesetzt.
Abg. Stolle (Soz.) fragt zunächst den Präsidenten des Reichseisenbahnämtes, ob die in Aussicht gestellte Verkleinerung zwischen den Eisenbahnverwaltungen über Vereinfachung der Eisenbahneinrichtungen im Güterverkehr erfolgt sei. Weiter stellt er nun mit, daß Konferenzen stattgefunden hätten. Da ist wohl die Frage berechtigt, welchen Erfolg diese Konferenzen gehabt haben. Eine Verbindung vom Königreich Sachsen nach der Unterweser ist von allen beteiligten Bundesländern wiederholt gefordert, aber noch immer nicht herbeigeführt worden. Wie müßte das Reichseisenbahnamt endlich einwirken. Wie weit ist fernern dem Wagenmangel abgeholfen worden? 1909 waren nur 418 000 Güterwagen vorhanden, von denen allein 200 000 für die Kohlenförderung gebraucht worden. In England laufen mehr Güterwagen, trotzdem die Länge der gesamten Eisenbahnstrecken dort bedeutend geringer ist. Als übergeordnete Behörde soll das Reichseisenbahnamt die Eisenbahnverwaltungen zwingen, mehr Wagen anzuschaffen. Sonst könnten die Großindustriellen das Reich verantwortlich machen für den Schaden, der ihnen aus dem chronischen Wagenmangel entsteht. Durch schlechtes Material erklärt sich offenbar auch so manches Eisenbahnunglück.

Das Unglück am Haraardunnel

ist durch falsche Sparmaßnahmen verursacht worden, weil man einen Sicherheitsposten, der früher dort war, eingespart hat. Die beste Gewähr für die Betriebssicherheit ist die Gewissenhaftigkeit und Diensttreue der Beamten. Diese wird aber nicht gehoben, wenn es vorkommt, daß jüngere Leute in höhere Stellen einrücken auf Kosten älterer Beamten, die länger als 20 Jahre gedient haben, so werden vielfach Jungfänger, die von der Welle aufgedreht haben, zurückgesetzt hinter Militärbeamten. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich hoffe, das Reichseisenbahnamt wird den Mut haben, hier mit kräftiger Hand auszurücken. Redner geht schließlich auf den preussisch-hessischen Eisenbahnkrieg ein und fordert auch hier ein kräftiges Eingreifen des Reichseisenbahnämtes. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Eitz (Natl.): Der Gedanke einer Reichseisenbahngemeinschaft macht immer mehr Schule; er wird jetzt häufiger öffentlich erörtert. Der Staatsbahnwagenverband hat sich gut bewährt. Eine Denkschrift über seine Wirksamkeit wäre aber doch erwünscht. Noch steht es mit der Einheitlichkeit im deutschen Eisenbahnwesen sehr mangelhaft. Vor allem sollten Umstellungen im Güterverkehr nicht zugelassen werden. Das hat auch der mittelmittelbayerische Landtag gefordert, der im übrigen eine Verkehrs-mittelgemeinschaf empfiehlt.

Abg. Liebenberg (Konsl.): Die Schweine müssen vor dem Verladen gut gefüttert werden. Wer das Weizen eines seltenen Schweines kennt (Hörzeit), weiß, daß die jetzige Art des Transports bei einem langen Wege eine Nothilfe für die Tiere bedeutet.

Abg. Dr. Weisser (Ztr.) wünscht dringend die Einführung von Schlafwagen in Ostpreußen.

Abg. Koch (Ztr.) wünscht die Beseitigung des gefährlichen Tunnelns bei Eisenbahnen, der geradezu eine Gefährdung einer schnellen Mobilisierung sei.

Abg. Dr. Krenzl (Reichspartei) schließt sich dem Vordränger an.

Abg. Fischer-Damm (Soz.): Auf Reichseisenbahnen werden wir leider noch lange warten müssen; aber auch jetzt schon könnte das Reichseisenbahnamt mancherlei Reformen durchsetzen. Zunächst müßte es eine

Verbilligung der Personentarife

erwirken. Statt dessen denkt man bei uns an eine Verteuerung durch Ausdehnung der Fahrkartensteuer auf die 4. Wagenklasse. Ferner muß die Grenze für Arbeiterfahrkarten erweitert werden. Die Wagen, in denen die Arbeiter befördert werden, müßten bessere Einrichtungen, vor allem Sitzgelegenheit erhalten. Die Wagen vierter Klasse sind überhaupt keine Beförderungsmittel für Menschen und müßten gänzlich beseitigt werden. Läßt man sie aber bestehen, so müßten auch Nichtraucherabteile in diesen Wagen eingeführt werden, und sie müßten auch in Sitzzüge eingestellt werden. Die Reisenden 3. und 4. Klasse bringen die meisten Ueberlässe ein, und können daher Berücksichtigung auch bei den Schnellzügen verlangen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Schirmer (Ztr.): Der Abg. v. Bollmar hat sich früher genau so wie wir gegen Reichseisenbahnen ausgesprochen, von denen er eine Verprechtung des Eisenbahnwesens befürchtete.

Präsident des Reichseisenbahnämtes Wackerzapp: Zwischen Leipzig und Bromberg besteht bereits eine günstige Tag- und Nachtverbindung, sodaß ich die Entrüstung des Herrn Abg. Stolle nicht recht verstehe. Auch keine Befürchtungen in Bezug auf die Größe des Wagenparks treffen nicht zu. Der Unfall im Haraard-Tunnel ist wohl auf höhere Gewalt zurückzuführen. Das Preußen Sachien gegenüber sich illegal verhält, muß ich bestreiten. — Der Antrag auf Einführung der 4. Wagenklasse in Ost- und Schlesien ist ein sehr wichtiger Eisenbahnminister mit Recht wiederholt abgelehnt, weil diese Züge dann an jeder kleinen Station halten müßte. Man sollte sich durch die kleinen Mängel in den kleinen Eisenbahnen nicht den Blick trüben lassen für die wirklich im großen Maße erzielten Vorteile. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Derfel (Konsl.): Das deutsche Eisenbahnwesen kann sich vor dem Auslande sehen lassen. Die Klagen und Wünsche Sachsens habe auch ich oft vorgetragen, allerdings habe ich nie behauptet, daß Preußen illegal vorgegangen wäre, dazu ist Preußen nicht fähig. (Hört, hört! und Gelächter links.) Doch hat Preußen einen etwas ausgeprägten Egoismus. (Beifall.) Ledigens hat gerade der hiesige Bundesratsbevollmächtigte stets behauptet, Preußen sei Sachsen besonders lebenswichtig entgegengekommen. Das Rauchverbot in den Speisewagen in Preußen widerspricht entschieden dem Artikel 42 der Reichsverfassung (Große Mehrheit), der eine einheitliche Gestaltung des Eisenbahnwesens verlangt. Wir verlangen diese Einheitlichkeit im Sinne Bayerns, wo dieses Rauchverbot nicht besteht. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.
Der Etat wird berichtigt.
Es folgt der Etat der

Verwaltung der Reichseisenbahnen.

Abg. Fuchs (Soz.): Die Personalunion des Chefs der preussischen Eisenbahnen und der Reichseisenbahnen könnte legerreich wirken, wenn der Chef der Reichseisenbahnen sich nicht zu sehr vom partikularistisch-preussischen Geiste leiten ließe, worunter die allgemeinen Verkehrsinteressen und die speziellen eisenbahnrechtlichen Wünsche leiden. Etsatz-Vorbringen hat auf die Verwaltung der Reichseisenbahnen nicht den geringsten Einfluß. Das ist ein unhaltbarer Zustand. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Ueberlässe der Reichseisenbahnen sollten dem Lande zugute kommen, und eine Reihe rückständiger Privatbahnen in Etsatz-Vorbringen müßten längst angefaßt sein. Die Kleinbahnen müßten angekauft werden. Der Widerstand, den der Chef der Reichseisenbahnverwaltung der Saar- und Moselanalisierung entgegensetzt, wäre einer besseren Sache würdig. Die Forderung nach Freifahrkarten der eisenbahnlichen Landtagsabgeordneten hat der Minister in jureklich-schneidiger, um nicht zu sagen, schon öfterer Weise, abgelehnt. (Präsident Kämpf ruft den Redner zur Ordnung.) In der Frage der Einführung von Arbeiterwünschen sind wirklich nur sehr geringe Fortschritte zu verzeichnen. Eine gesetzliche Regelung der Dienst- und Ruhezeiten wird brüsk abgelehnt, weil angeblich kein Bedürfnis dafür vorhanden sei, und das, trotzdem der Reichstag diesen Wunsch alljährlich geäußert hat.

Die Löhne der Weichensteller und Bahnwärter

sind ganz unzureichend, auch die Heizer, die vielfach Lokomotivführerdienste zu leisten haben, sind schlecht gestellt. Wann werden endlich Beamtenzuschüsse eingeführt? Die Einteilung der Arbeiter in die verschiedenen Betriebs- und Lohnklassen ist ungeheuer kompliziert heute wird den Staatsarbeitern das Koalitionsrecht durch brutale und widerrechtliche Verwaltungsmittel genommen. (Präsident Kämpf ruft den Redner zur Ordnung.) Ich werde mich den Wünschen des Präsidenten nach Möglichkeit fügen. (Beifall.) Das unwürdige Schnüffelssystem müßte von der Verwaltung endlich aufgegeben werden. Man will keine „Streitverbände“. — Gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter und den den Streit empfehlenden Leipziger Verbandsverband hat man nichts einzuwenden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Durch vernünftiges Entgegenkommen könnte die Verwaltung jegliche Streikgefahr bannen, denn die Staatsarbeiter wissen, daß sie durch Beteiligung an einem Streik ihre Existenz aus Spiel legen. Statt den Arbeitern aber entgegenzukommen, schreibt man ihnen vor, welchen Koalitionen sie angehören dürfen; daß man sie zwingt, den freien Gewerkschaften fernzubleiben, ist eine glatte Rechtswidrigkeit (Sehr wahr! b. d. Soz.), die zu bekämpfen wir niemals aufhören werden. (Beif. Beifall bei den Soz.)

Abg. Schwabach (Natl.): Die Finanzlage der Reichseisenbahnen hat sich infolge des engen Verschaltens zu den preussisch-hessischen Eisenbahnen günstig gestaltet. Die Lage der Arbeiter hat sich gewandelt. Die neue Lohnordnung hat den Arbeitern wesentliche Vorteile gebracht; auf die noch zu erfüllenden Ver-

beiterswünsche wird mein Freund Joller eingehen. Aus Sicherheitsgründen muß eine Ueberanstrengung des Personals vermieden werden. Die Gütertarife sollten mehr Rücksicht auf Industrie und Handel nehmen, ihre allgemeine Herabsetzung wäre jedoch gefährlich. Sie dürfen aber auch nicht erhöht werden.

Präsident Kämpf ruft nachträglich den Abg. Fuchs zur Ordnung für den Vorwurf der „glatten Rechtsverleugung“.

Minister v. Breitenbach: Mit seiner Forderung nach eisenbahnlichen Landesbahnen hat sich der Abg. Fuchs in Widerspruch mit der grundsätzlichen Forderung seiner Partei nach Reichseisenbahnen gesetzt. (Beifall.) Der jetzige Zustand hat Etsatz-Vorbringen eminent Vorteile gebracht, kein zweiter deutscher Staat, Baden ausgenommen, hat ein so dichtes Eisenbahnnetz wie Etsatz-Vorbringen, und in keinem Bundesstaat wird ein so geringer Verdienst pro Kilometer erzielt. (Hört, hört!) Wir haben die Löhne unausgesetzt und in großem Maße erhöht und haben dadurch unser Wohlwollen durch die Tat bekräftigt. 18 Prozent der Arbeiter hatte 1913 über 6 Mark Lohn. (Hört, hört! rechts.) Es besteht das größte Vertrauen zwischen Beamten und Verwaltung, eine Vermittlungsstelle ist da nicht nötig. (Bravo! rechts.) Die Lohnerbhöhungen erfolgen nicht unter sozialdemokratischem Druck. Wenn die Arbeiter unbeeinflusst abstimmen würden, würde das Einkommensniveau zweifellos noch gehoben werden. Wir rufen unseren Beamten und Arbeitern nicht das Vereinigungsrecht, verlangen aber, daß sie nicht sozialdemokratischen Vereinen und solchen angehören, die den Streit propagieren. Von einem Schlichtungssystem gegenüber anderen Vereinen kann keine Rede sein. Wir verlangen nur, daß in den Versammlungen nicht gegen die Verwaltung gehandelt wird. (Bravo! rechts.)

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Anfragen, Weiterberatung.)
Schluß: 6 1/2 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

36. Sitzung.

Donnerstag, den 26. Februar 1914, vorm. 10 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach.

Der Bauetat (Fortsetzung).

Zum Kapitel „Einnahmen der Bauverwaltung“ (Verkehrsabgaben) spricht

Abg. v. Schumann (Konsl.): Die Mosel- und Saaranalysierung lehnen wir in Ueber einstimmung mit der Regierung ab. Abg. Dr. Böckling hat den Zweck der Schiffabgaben verkannt, wenn er sie als eine Hemmung des Verkehrs betrachtet; sie sollen vielmehr zum Ausbau der künftigen Wasserstraßen beitragen. Dieser Ausbau kann nur im Zusammenhang mit dem Ausbau der Eisenbahnen vorgenommen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Nolte (Freikonsl.): Einseitige Interessen einzelner Landesteile dürfen beim Bau von Kanälen nicht den Ausschlag geben.

Minister v. Breitenbach: Die großen Interessen Rheinland-Westfalens dürfen in der Frage der Mosel- und Saaranalysierung nicht übersehen werden.

Die Abg. Courcau (Ztr.) und Dr. Wendlandt (Natl.) fordern Schiffbarmachung der Werra, um auf diese Weise schließlich eine Verbindung Weiser-Donau herzustellen.

Abg. Dr. Wendlandt wendet sich gegen die Monopolbestrebungen der großen Feinindustriellen, weist darauf hin, daß diese bereits 31 Prozent der Leitungen im Besitz haben und fragt, ob die Regierung hiergegen vorgehen wolle, z. B. durch Einführung der Konzessionssteuer.

Ein Regierungsdirektor sagt Prüfung zu.
Abg. Patenleber (Natl.) bespricht Tariffragen, über die die Regierung falsch unterrichtet sei.

Ein Schlußantrag wird angenommen.
Abg. Hue (Soz.) konstatiert, daß ihm hierdurch das Wort abgeschnitten wird, obgleich von den anderen Parteien 2, ja sogar 3 Redner gesprochen haben, von der sozialdemokratischen noch gar keiner. (Hört! Hört! links.)

Die Allgemeine Besprechung des Bauetats findet beim Titel „Ministergehalt“ statt. Die Besprechung des Berliner Opernhausbaues wird zurückgestellt.

Abg. Gerlach (Ztr.) verbreitet sich über die Frage der Berücksichtigung künstlerischer Ideen im öffentlichen Baues und bespricht dann Fischereifragen. Die Hochseefischerei kann nur durch einen Ausbau der Fischerei gefördert werden. Die gegenwärtigen Bestimmungen der Gewerbeordnung, betreffend das Baumeistergesetz, reichen nicht aus, den Titel „Baumeister“ vor Mißbrauch zu schützen. Die Weichsel muß ausgebaut werden, der Ostkanal ist nötig.

Die Toten und Verletzten.

Auch die anderen Fabrikgebäude sind schwer beschädigt. Infolge der Explosion ist keines der zahlreichen Fenster intakt geblieben. Die Scheiben wurden nach innen gedrückt, und so kam es, daß nicht weniger als zwölf Personen in das Rummelsburger Krankenhaus gebracht wurden, die ernsthafte Augenverletzungen, hervorgerufen durch Glassplitter, hatten. Die anderen Verletzten waren zum Teil durch umherliegende Steine, Schuttteile usw. am Kopf und im Gesicht schwer verletzt worden. Drei Arbeiter hatten versucht, sich aus dem dritten Stockwerk des einstürzenden Gebäudes durch einen Sprung in die Tiefe zu retten. Sie erlitten schwere innere Verletzungen und wurden gleichfalls ins Krankenhaus geschafft. Als man die Flammen dann ein wenig zurückgedrängt hatte, drangen einige Feuerwehrleute mutig in das Gebäude ein, um die etwa noch darin befindlichen ins Freie zu bringen. Sie fanden jedoch nichts Lebendes mehr jenseits der rauchenden Trümmern. Nur die gräßlich verstümmelten Leichen der Bedienungsmannschaften konnten geborgen werden. Die Arbeiter waren meist bis zur Unkenntlichkeit verbrannt und konnten erst später rekonstruiert werden.

Die Explosion war so stark, daß im Umkreise von einem Kilometer die Fensterscheiben und Spiegel sprangen. Gegen 2 Uhr war die Gefahr auf der Unglücksstätte beseitigt, sodas die Feuerwehren abrückten, außer der von Uchtenberg, die noch abblühte. Der Fabrikbetrieb wurde und dürfte erst am Freitag wieder begonnen haben. Eine Gärlichskommission traf ein, um die Ursache der Explosion amtlich festzustellen.

Es wird unsere Leser interessieren, daß in diesem großen Betriebe — in der Umgebung allgemein „Etsatz“ genannt — außerordentlich niedrige Löhne bei hohen Dividenden gezahlt werden. Und daß die Arbeiter wiederholt in den Streik treten mußten — leider in der Regel erfolglos —, um sich auch die geringsten Verbesserungen in Lohn und Schutzmaßregeln zu erkämpfen.

Seitige Meldung.

In später Abendstunde des Donnerstag waren acht Tote geborgen, acht Schwerverletzte mußten ins Krankenhaus gebracht werden, während 2 Personen leichter verletzt wurden. Die Leichen wurden noch zwei Angehörige, die wahrscheinlich noch unter den Trümmern liegen und den Tod gefunden haben dürften. Inzwischen ist es nicht ausgeschlossen, daß noch mehr Menschenleben bei der Katastrophe zu Schaden gekommen sind, da eine genaue Kontrolle jetzt nicht möglich ist, und viel-

Aus aller Welt.

Eine furchtbare Explosionskatastrophe.

Zwölf Tote — viele Schwerverletzte.

In den Fabrikräumen der Gesellschaft für Anilinfabrikation in Rummelsburg bei Berlin entstand Donnerstag mittag eine furchtbare Explosion, bei der 12 Personen den Tod fanden und 8 (nach einer Meldung der „Berl. Volksztg.“ gar 20 bis 40) schwer verletzt wurden. 5 Angehörige werden noch vermisst. In dem Nitro-Benzol-Gebäude dieser Fabrik sollte ein neuer offener Hähnel, ein sogenannter Nitro-Apparat, ausprobiert werden. Der neue Apparat hatte bereits von 10 Uhr vormittags an bis 11 1/2 Uhr einwandfrei gearbeitet, als er plötzlich mit furchtbarer Gewalt auseinanderbrach und die Fabrikräume mit giftigen Gasen erfüllte. Das dreistöckige Gebäude selbst wurde bis auf die Grundmauern demoliert und an den übrigen Fabrikgebäuden sowie in der Umgebung wurde ein Schaden herbeigeführt, der auf mehr als eine halbe Million Mark geschätzt wird. Das Nitro-Benzol-Gebäude bildete einen einzigen brennenden Trümmerhaufen.

Die Liste der Toten weist bis jetzt folgende Namen auf: Betriebsingenieur Ernst Bösch, Charlottenburg; Werkmeister Karl Rosentke, Charlottenburg; Meister Otto Jotter, Nieberischoneweide; Arbeiter Rudolf Prell, Berlin; Arbeiter August Wollke, Berlin; Arbeiter Otto Bordin, Berlin; Arbeiter Karl Lindner, Berlin-Lichtenberg; Arbeiter Gustav Kühn, Berlin-Lichtenberg; Arbeiter Karl Palowski, Berlin-Lichtenberg; Arbeiter Gustav, Berlin-Lichtenberg.

Die Wirkung der Explosion

war eine entsetzliche. In wenigen Augenblicken erfüllte den ganzen Raum, in dem die Maschine gearbeitet hatte, ein Gemisch von giftigen Gasen, von Flammen und Rauch. Die übrigen Fabrikgebäude der Fabrik und ihrer

näheren Umgebung wurden durch die furchtbare Explosion erdbebenartig erschüttert, und alles, was nicht niederlag, wurde durch einander gestürzt. Sämtliche Fensterscheiben der Fabrik und der ihr gegenüber gelegenen Häuser wurden zertrümmert, darunter zentimeterstarke Scheinfensterheben. Aus dem von der Explosion betroffenen Gebäude wälzte sich ein grauer, undurchdringlicher Qualm zum Himmel empor. Inmitten des

furchtbaren Chaos

wälzten sich die mit dem Tode Ringenden und Schwerverletzten. Von den rund 400 Arbeitern und Angestellten des Betriebes stürzten sich diejenigen, die nicht direkt oder indirekt von dem Unglück betroffen oder verletzt waren, den Ausgängen zu und suchten unter lauten Angst- und Hilferufen und wildem Gedränge das Freie zu ertischen. Als man, soweit dies überhaupt möglich war, den ersten Ueberblick gewann, schossen bereits

20 Meter hohe Flammen

aus dem Fabrikgebäude hervor, die einen dichten, grauschwarzen Qualm erzeugten. Irrendwache Annäherung von feuerhilfsbereiter Personen war jedoch, wie sich bald herausstellte, infolge der sich entgegenstellenden giftigen und lebensgefährlichen Rauchschwaden unmöglich. So blieben von allen Seiten herbeieilenden Polizeibeamten und freiwilligen Helfern zunächst nichts weiter übrig, als die schnelle Klammerung der Lichtenberger und eines Teils der Berliner Feuerwehr, die dem ungefümt und gefolgt von einem ganzen Park von Wagen des Berliner Verbandes für erste Hilfe anzutreten. Im Ort und Stelle erschienen ferner die Wehren von Oberischoneweide, Treptow, Friedrichsfelde und Charlshorst.

Erregte Gemüter

spielten sich unter den Arbeitern ab. Viele von ihnen suchten in den zusammengestürzten Bau, in dem sich Vater oder Bruder von ihnen befanden, einzubringen, und konnten nur mit Mühe an ihrem Vorhaben gehindert werden. Alle Augenblicke gab wiederum ein eiserner Träger unter dem Last, des auf ihm liegenden Schuttes, nach und ließ die dann unter ohrenbetäubendem Gern in die Tiefe. Die Feuerwehrleute verrichteten wahre Wunder an Geschwindigkeit und Opfermut, um in das Innere des wankenden Baues zu gelangen.

Stations war Kückerschill, dann immer vorant! („Immer vorwärts!“ - Weisheit im Jenseit.)
Vba. Wohlhabend (Natt.) wünscht eine Beschleunigung der Mainanastation. Der Ausbau der Wasserstraßen sollte stärker gefördert werden. Die Tarife für die Frachten sind zu hoch; dadurch ist es uns, trotz des Schutzes, fast unmöglich, die Konkurrenz des Auslandes zu bestehen. Mit Recht fordern die Arbeiter auf dem Wasserwege höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit, um den Arbeitern in der übrigen Industrie gleichgestellt zu werden. Dem Wohlwollen des Ministers empfehle ich die Verteilung, damit sich der Fall anlässlich des Preisanschreibens des Vorkämpfers in Washington nicht wiederhole, wo der Bau des Palastes hinterläßt einem Rechtlichen Übertrag wurde, der sich an dem Weltmarkt nicht betätigt hatte. Das war eine herausfordernde Verleumdung gegenüber den Bauarbeitern. Die Anstellungsverhältnisse der Reglerungsbeamten sind sehr unzulässig. (Weisheit bei den Natt.)

Minister v. Breitenbach: Auf die Washingtoner Frage kann ich nicht eingehen. Für das Wohl der Arbeiterbevölkerung an der Ostsee wird getarnt werden. Auf die Anregung, ausländische Arbeiter mehr als bisher bei den Tiefbauarbeiten zu beschäftigen, kann ich nicht näher eingehen, da sie nicht in mein Ressort gehört. Ich werde gemeinsam mit dem Minister des Innern die Grundzüge feststellen, die den ausländischen Arbeitern gegenüber zur Anwendung kommen. Es ist Sache der Gewerbeordnung das Recht auf Führung des Baumeisterzettels zu bestimmen.

Vba. Dr. v. Wonna (Weisheit): Als größter Bauherr in Preußen soll der Minister für öffentliche Arbeiten durch schnelle Ausführung der öffentlichen Bauten für eine Milderung der Krise auf dem Baumarkt Sorge tragen. Bei den Arbeiten der Strombauverwaltung sollten keine Arbeiter vom Staate der Landwirtschaft entzogen werden. Für die Tiefbauarbeiten sind ausländische Arbeiter heranzuziehen, um das Tiefbaugewerbe zu beleben. Die Einführung des Wasserstraßengesetzes muß durch geeignete Maßnahmen vorbereitet werden.

Vba. N. N. (Weisheit): Auch wir treten für den Schutz des Baumeisterzettels ein. Die Veranlassung aus ausländischen Arbeiter für die Tiefbauten lehnen wir entschieden ab; das würde eine Verabredung der Lebenshaltung des deutschen Arbeiters zur Folge haben. Es ist dem Minister der Reichsbaugeschäfte zu empfehlen, nicht geduldet Leute nicht anzustellen, um der Landwirtschaft keine Arbeitskräfte zu entziehen. Auch diesem Vorschlag treten wir als einer unzulässigen Einschränkung des Rechts auf Freizügigkeit entgegen. Schwere Warnung muß man gegen den Hamburgischen Staat machen, der unsere Seehäfen durch eine nicht zu rechtfertigende Konkurrenz belästigt. — Der Küstenschutz ist eine prinzipielle Aufgabe des Staates.

Vba. Paul Hoffmann (Weisheit): Hunderttausende Arbeiter sind in der staatlichen Bauverwaltung beschäftigt. Wie steht es da mit dem Arbeiterlohn? Über 14.000 schwere und über 1300 tödliche Unfälle sind in einem Jahre vorgekommen. Die gesamten Unfallzahlen geben ja in die Hunderttausende, ja in die Millionen und aus diesen erschreckenden Zahlen spricht furchtbares Leid. Es ist nötig, auch Berufskrankheiten, die zu frühen Sterben führen, als Unfälle anzuerkennen und zu entschädigen, damit sie nicht der Stempel der Unfälle auf den Kopf fallen. Besonders viele Unfälle kommen auf das Baugewerbe, es muß endlich den Forderungen der Bauarbeiterorganisationen und -schutzkommissionen Rechnung getragen werden. Der Minister hat selbst zugegeben, daß die Kontrolle nicht ausreicht, warum stellt man dann nicht Arbeiter im Aufsichtsdienst ein? Besonders gefährdet sind die Tiefbau- und Abbrucharbeiter; für sie muß etwas geschehen. Die Bauarbeiterorganisationen haben darüber erschreckendes Material gesammelt, so über das Fehlen von Unfallverhütungsvorschriften, über mangelhafte Gerüste, über das Arbeiten ohne jeden Schutz, über Trinkwasserarmut, über schlechte Aborte usw. Selbst auf staatlichen Bauten fehlt es vielfach an den notwendigsten Schutzmaßnahmen, ich nenne nur den einen Fall in Thorn, wo auf dem Bau der Artillerie-Kaserne die Dachbeder ohne jeden Schutz arbeiteten und alle Beschwerden, selbst der Berufsgenossenschaft, erst nach drei Monaten Erfolg brachten! In dem letzten Erlass des Ministers sind ja eine Reihe von Arbeiterforderungen berücksichtigt, aber die Königl. Bauverwaltungen tragen dem Verbot des offenen Koksfeuers nicht Rechnung, so z. B. beim Bau des Bibliothekgebäudes in Berlin, das man nach zehnjähriger Arbeit überhastet fertigstellen will. Dort sind Arbeiter an den Koksfeuern erkrankt und erst eine Anzeige ans Polizeivorstand schuf Abhilfe.

Wir haben nichts gegen die Beschäftigung ausländischer Arbeiter, wenn sie ebenso bezahlt werden wie Inländer, aber bei der jetzigen schlechten Konjunktur müßten doch vor allem Inländer beschäftigt werden! (Sehr wahr! links.) Die deutschen organisierten Bauarbeiter haben es sich ein mächtiges Stück Geld kosten lassen, auf der Leipziger Bauausstellung im Hause der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einen modernen Bau vorzuführen. Die Bauarbeiter erkennen an, daß der Schutz verbessert wurde, sie fordern aber strenge Überwachung, Bestrafung der Übertretungen und Heranziehung praktischer Arbeiter zum Ausschuss, dann immer vorant! („Immer vorwärts!“ - Weisheit im Jenseit.)

Minister v. Breitenbach: Auf die Washingtoner Frage kann ich nicht eingehen. Für das Wohl der Arbeiterbevölkerung an der Ostsee wird getarnt werden. Auf die Anregung, ausländische Arbeiter mehr als bisher bei den Tiefbauarbeiten zu beschäftigen, kann ich nicht näher eingehen, da sie nicht in mein Ressort gehört. Ich werde gemeinsam mit dem Minister des Innern die Grundzüge feststellen, die den ausländischen Arbeitern gegenüber zur Anwendung kommen. Es ist Sache der Gewerbeordnung das Recht auf Führung des Baumeisterzettels zu bestimmen.

Das Haus vertagt sich.
Freitag 11 Uhr: Kleine Vorlagen, Weiterberatung.
Schluß 4 Uhr.

Gewerkchaftliches.

St. „Streitbrecher“ eine Verleumdung.

Im August 1918 fand bekanntlich in Stettin ein Werkarbeitsstreik statt. In einer Versammlung der Vulkan-Arbeiter wurde an den Meistern Kupferschmied Kühne die Frage gerichtet, wie man die drei Leute bezahle, die aus Hamburg nach Stettin gekommen seien und obwohl sie wußten, daß auf dem Vulkan gestreikt werde, Arbeit annahmen. Kühne antwortete: diese Leute seien als Streitbrecher zu bezeichnen. Das Sachorgan des Verbandes, der „Kupferschmied“ berichtet über die Verhandlung und brachte auch den erwähnten Ausspruch. Drei Hamburger Kupferschmiede, ein Werkmeister und zwei Vorarbeiter stellten deshalb gegen Kühne und den Redakteur des „Kupferschmied“ Genossen Sauppe Strafantrag wegen öffentlicher Verleumdung. Die Privatkläger gehören dem Vernehmen nach der alten Organisation an.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte sprach die Angeklagten frei. Auf eingeleitete Vernehmung der Privatkläger hatte sich das Landgericht I Berlin mit der Sache zu befassen. Die Beklagten hatten Rechtsanwalt Wolfgang Heine zum Verteidiger, die Hamburger Privatkläger Rechtsanwalt Dr. Franke aus Hamburg. Nach längerer Verhandlung und Beratung hob der Vorsitz das freisprechende Urteil auf und erkannte auf je 30 Mark Strafe. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schwarzke bemerkte in der Urteilsbegründung: Wenn auch der Streit als wilder, von der Gewerkschaft nicht anerkannter anzusehen war, so sei das Wort Streitbrecher in Arbeiterkreisen auf alle Fälle eine der schwersten Verleumdungen. Der Gerichtshof ist nicht der Ansicht, daß die Angeklagten die Absicht der Verleumdung hatten, zweifellos aber haben sie das Bewußtsein der Verleumdung gehabt, die schon in der Anfrage an Kühne gelegen habe. Kühne habe die Verleumdung gewissermaßen durch seine Antwort bestätigt. Den Privatklägern wurde die Publikationsbefugnis im „Kupferschmied“ zuerkannt.

Deutsches Reich und Ausland.

Der Vorsitz in der Dresdener Erbkrankeilasse.

Der Kampf um den Vorsitz in der Dresdener Erbkrankeilasse, der sich monatelang abspielte, wird nun voraussichtlich durch eine Einigung beendet werden. Für die Verhandlungen, wegen deren die für Dienstag, den 24. Februar, anberaumte gewerkschaftliche Wahl vertagt wurde, ist vorgeschlagen worden, alle zwei Jahre einen Vertreter der Versicherer mit einem Vertreter der Arbeitgeber im Vorsitz wechseln zu lassen. Die Vertreter der Versicherer haben zu diesen Verhandlungen den weiteren Vorschlag gemacht, daß Genosse Fräzendorf für die nächsten zwei Jahre Vorsitzender wird. Die Verhandlungen werden voraussichtlich zur Annahme dieser Vorschläge führen.

Betriebsratswahl bei der Firma Krupp.

Für die Wahl hatte die Firma Krupp fünf Wahlabteilungen eingerichtet, deren Repräsentanz nach nachprüfbar sein wird. Es erhielten Stimmen: Freie Gewerkschaften 11.395 (1910: 11.689), Christliche 9260 (1910: 8670), Gelbe 5320 (1910: 5042), Christl.-Demokratische 390 (1910: 244), Polen 682 (1910: 0).

Der Verlust der Freien Gewerkschaften erklärt sich aus dem separaten Vergehen der Polen, das vornehmlich auf das Betreiben der P. P. S. Leute zurückzuführen ist. In den Stimmen der Gelben sind ca. 1500 Beamtenstimmen enthalten, die 1910 auf die Beamtenliste abgegeben wurden. Ferner sind von über 300 Stimmen der weiblichen Gewerkschaften die meisten den Gelben zugefallen, da man den Frauen Aueris mit Stimmzettel in die Hand steckte und sie bei der Stimmabgabe genau kontrollierte. Von den angeblich über 7000 Mitglieder des Werkvereins haben also nicht die Hälfte die gelbe Liste gewählt. Bemerkenswert bleibt der Zuwachs der Christlichen, ein Beweis, daß unter dem Einfluss der Integralen sich ihre Reihen dichter schließen, statt sich zu lösen.

Die Freien Gewerkschaften erhalten 20, die Christlichen 18 die Gelben 11 und die Polen 1 Vertreter. Der Wunsch der Firmen die Kasse völlig in ihre Gewalt zu bekommen, ist noch nicht in Erfüllung gegangen, da dazu mindestens 19 Gelbe Vertreter gehören.

Zur Arbeitslosenversicherung.

Für die Arbeitslosenunterstützung der Stadt Mannheim im ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres 8102,60 M. erforderlich. Von diesen organisierten Arbeitslosen durch die Gewerkschaften 4828,00 M. und für die nichtorganisierten Arbeiter durch das Arbeitsamt 3274,70 M. Von letzteren sind etwa der fünfte Teil organisiert. Zum Zweck der Unterstützung meldeten sich 548 Organisierte und 631 Nichtorganisierte; abgewiesen wurden 50 Organisierte und 118 Nichtorganisierte, weil für sie die statistischen Voraussetzungen nicht zuträfen. 20 Organisierte verzichteten freiwillig auf Unterstützung, da sie mittlerweile Arbeit erhalten hatten. Die 468 organisierten Arbeiter waren zusammen 8076 Tage, die 418 Nichtorganisierten zusammen 4035 Tage arbeitslos. Unter lang anhaltender Arbeitslosigkeit hatten besonders die Holzarbeiter, die Glaser und die Metallarbeiter zu leiden. Wenn trotzdem die Arbeitslosigkeit hinter der Schätzung zurückblieb, so hat das seine Ursache in der Tatsache, daß in Mannheim im vorigen Sommer, wie anderwärts, allzu stark einsetzte.

Tarifverlängerung in den Berliner Wagen- und Karosseriefabriken.

Der Tarif der Arbeiter in den Wagen- und Karosseriefabriken läuft am 31. März ab. Der Tarif ist mit zehn Firmen abgeschlossen. Es sind daran der Metallarbeiter-, Holzarbeiter-, Maler- und Sattler-Verband beteiligt. Von der Karosserie Scherba ist der Tarifvertrag gekündigt worden, während für alle übrigen Betriebe durch Nichtkündigung der Tarif für ein Jahr verlängert gilt. Es besteht jedoch Aussicht, auch bei der Firma Scherba zu einem neuen Tarifverhältnis zu gelangen.

Tarifverlängerungen im Berliner Schmiedgewerbe.

Nachdem die Berliner Schmiedgesellen bereits vorher in einer Kartellbesetzung beschlossen hatten, den mit der Innung abgeschlossenen Tarif nicht zu kündigen, haben die Unternehmer jetzt ein Gleiches beschlossen. Der Tarif der Berliner Schmiedgesellen gilt damit als auf ein Jahr verlängert.

Zur Tarifbewegung in den Berliner Brauereien.

Der Verein der Brauereien Berlins hatte einer Anzahl bürgerlicher Zeitungen seinen ablehnenden Standpunkt gegenüber der Tarifvorlage der Arbeiter mitgeteilt, nachdem erst wurde die Arbeiterorganisation davon in Kenntnis gesetzt. Eine Versammlung der Arbeiter mißbilligte dieses Verhalten und beschloß, nicht in derselben schroff ablehnenden Art und Weise zu antworten, sondern noch einmal den Weg der friedlichen Verständigung zu suchen, um in Verhandlungen mit den Unternehmern die Berechtigung der Arbeiterforderungen klarzulegen. Die Versammlung sprach die Erwartung aus, daß die Unternehmer dieses Verlangen der Arbeiter nicht ablehnen werden, andernfalls würde sie nicht zögern, entsprechende Maßnahmen vorzubereiten.

Zum französischen Bergarbeiterstreik.

Die „Agence Nationale“ meldet, daß die Bergleute von Roche la Motiere in der Nähe von St. Etienne die Soldaten, die sie gewarigert haben, auf ihre Brüder zu schießen, zu ihrer Haltung beglückwünschten. Danach müssen sich in Roche la Motiere schwere Zwischenfälle zwischen dem Militär und den Streikenden ereignet haben.

Diese Bergleute wandern von Frankreich nach Belgien ein und finden sofort Arbeit. Eine große Zahl Arbeiter, die in den französischen Grenzgebieten tätig sind, wohnen in Belgien; diese haben nun ihre bisherige Arbeitsstelle verlassen und sind auch bei belgischen Betrieben eingetreten.

Die Abordnung der streikenden Schiffingenieur aus Marzelle.

Die Abordnung der streikenden Schiffingenieur aus Marzelle ist vom Unterstaatssekretär der Handelsmarine empfangen worden, der sich darauf beschränkte, die Deutschrift der Abordnung entgegen zu nehmen. Die unangenehmen Folgen des Streiks beginnen sich bereits fühlbar zu machen. Zwei in Marzelle eingetrossene Dampfer mußten ihre Weiterfahrt aufgeben, ebenso können zwei nach London und Alexandria fällige Dampfer nicht abfahren.

Gegen deutsche Arbeitswillige.

Bei dem bereits vorige Woche angekündigten Protestmeeting sämtlicher Genossenschaftlicher Gewerkschaften der letzten vier Monate in Streit befindlichen Dächler wurde nach erregter Debatte über die Streiklage der Dächler gefaßt, mit allen Mitteln den von den Dächlermeistern hierher bezugsenen arbeitswilligen Deutschen den Aufenthalt in Genf unmöglich zu machen.

Streikbewegung in Lodz.

In den kleineren Fabriken des Lodzer Kanons setzte eine Streikbewegung unter den Arbeitern ein, die sich einen größeren Umfang annimmt. Die Arbeiter verlangen eine Lohnerhöhung um 25 Prozent.

ein Korb gegeben sei, wußte der Grenadier nicht, daß es sich um den feinsten handelte, und er sagte daher, er wisse von nichts. Daraufhin befahl ihm der Sergeant, mehrmals auf der Stube auf und ab zu laufen. Sodann gab er ihm den Befehl:

„Vor den Spudnapf hineten!“

Der Untergebene führte den Befehl sofort aus. Als er mit dem Gesicht vor dem Spudnapf lag, gab ihm der Angeklagte den Befehl: „Sauf!“ Der Unteroffizier sah dann zu, wie der Grenadier den Kopf in den Spudnapf neigte und daraus trank. Er mußte sich dann wieder erheben und spie nun aus.

Ein Einjährig-Freiwilliger, der den Vorgang mit angesehen hatte und darüber empört war, meldete ein Fall dem Leutnant und dieser erstattete beim Kompagniechef Hauptmann Senft v. Wilsach Meldung. Dieser ließ den Sergeanten sofort kommen, und bei dem Bericht, das er mit ihm anstellte, gab Wilsach die Tatsachen ohne weiteres zu. Anstatt nun die Sache dem Gericht zu übergeben, zog es der Kompagniechef vor, den Sergeanten mit nur drei Tagen Gefängnis (1!) disziplinarisch zu bestrafen und ihm die Führung der Kompagnie abzunehmen. Erst am 6. Dezember reichte er beim Gericht den Tatbericht ein.

Es wurde nun nicht nur gegen den Sergeanten eine Anklage wegen einer Mißhandlung erhoben, sondern auch der Kompagniechef hatte sich wegen vorsätzlicher Unterlassung der ihm obliegenden Meldung strafbarer Handlungen eines Untergebenen zu verantworten.

Das Kriegsgericht der zweiten Gardebataillon gelangte auch zu einer Verurteilung des Kompagniechefs. Es erkannte gegen ihn auf drei Wochen Stubenarrest. Sergeant Wilsach wurde wegen der Mißhandlungen zu drei Monaten und einem Tage Gefängnis verurteilt. Der Hauptmann hatte zu seiner Verleumdung angeführt, daß es ihm nicht klar gewesen sei, ob in dem Tatbericht aus dem Spudnapf eine Mißhandlung zu ersehen sei (1). Er habe daher zunächst von einer Anzeige Abstand genommen.

Dem Gerichtsherrn war sowohl die Strafe für den Hauptmann als auch für den Sergeanten zu gering, und er legte in beiden Fällen Berufung ein. Auch der Hauptmann und der Sergeant legten Berufung ein. Der Hauptmann zog jedoch die Berufung wieder zurück, worauf auch der Gerichtsherr dies im Falle des Kompagniechefs tat.

Gegen Sergeant Wilsach verhandelte Mittwoch das Oberkriegsgericht des Gardekorps. Die Sitzung mußte jedoch vertagt werden, weil der Hauptzeuge, der Grenadier Krömer, der im Lazarett liegt, nicht erscheinen konnte.

Weiter wird amtlich gemeldet, daß am Donnerstag drei weitere Fälle von Anarissen auf Militärpersonen mitgeteilt wurden. Am Sonnabendabend wurde ein Unteroffizier vom Feldartillerieregiment 51 von acht Zivilisten auf der Straße auf das gemeinlich beschimpft. Als einer der Leute mit offenem Messer auf ihn losging, zog er den Säbel und schlug, bevor der Messerheld zustoßen konnte, kräftig (!) auf den Kopf (!). So daß dieser schreiend floh. Am Montagabend wurde ein Sanitätsoldat von vier Zivilisten ohne Anlaß angegriffen und geschlagen. Am gleichen Abend hörte der Posten vor dem Stallzelt auf dem „Polygon“ die Worte: „Den Posten bringe ich heute Abend noch um.“ Auf den „Halt!“ erhielt der Posten keine Antwort. Er wurde vielmehr von zwei Personen angefallen und gefoltert. Da es dem Posten nicht gelang, das Gewehr zu laden, entkamen die Angreifer.

Auf Grund der letzten Vorkommnisse ordnete das Gouvernement an, daß alle außerhalb der Stadt stehenden Posten von jetzt ab mit geladenem Gewehr Wache stehen sollen. Man wird gut tun, die Neußerungen auf der anderen Seite abzuwarten; denn trotzdem immer von Angriffen auf Militär gesprochen wird, ist doch niemand von den Soldaten bei den Angriffen verletzt worden. Denn der eine leichte Messerstich ist doch erst ausgeführt worden, nachdem ein Zivilist einen Säbelhieb übers Gesicht erhalten.

Ein Soldatenquäler schlimmer Sorte.

Ein unglaublicher Fall von Soldatenquälerei beschäftigte, nach der Berl. Volkszeitg. am Mittwoch das Oberkriegsgericht des Gardekorps in Berlin. Angeklagt war der Sergeant Wasse von der siebenten Kompagnie des Regiments Königin Augusta. Es wurden ihm zwei Fälle von Mißhandlung und ein Fall von vorschriftswidriger Behandlung zur Last gelegt. Der Mißhandelte ist der Grenadier Krömer. In dem einen Fall handelt es sich um eine Ohrfeige, die der Angeklagte dem Krömer beim Stiefelappell versetzte. Der andere Fall hat sich in folgender Weise abgepielt:

Am 26. November erschien der dienstwunde Feldwebel auf Stube 92, auf der der Angeklagte, der Kompagnieführer war, mit seinen Leuten lag. Als der Feldwebel unter die Betten sah, fand er unter dem Bett einen Korb vor. Es stellte sich später heraus, daß es der Korb des Grenadiers Krömer war. Als der Unteroffizier den Krömer nachher fragte, was es für

leicht weniger schwerverletzt sich in ihre Wohnungen begeben haben, ohne in der ersten Aufregung die beteiligten Stellen in Kenntnis gesetzt zu haben.

Der Streitbrecheragent als Mörder.

In dem Prozeß gegen den Streitbrecheragenten Keitling wegen Mordes vor dem Kreisgericht in Leimertitz wurde am Donnerstag mittig die Beweisnahme abgeschlossen. Der Vertreter der Anklage hielt die Anklage wegen Mordes aufrecht und beantragte die Verurteilung der dahingestellten Schuldfragen. Der Vertreter der Familie des erschossenen Soling schloß sich diesem Antrag an, während der Verteidiger des Angeklagten auszuführen suchte, es sei die Möglichkeit nicht ganz ausgeschlossen, daß der Schuß auf irgend eine unerklärliche Weise von selbst losgegangen ist.

Die Geschworenen verneinten nach zweistündiger Beratung mit allen zwölf Stimmen die Schuldfrage auf Mord. Mit elf gegen eine Stimme wurde die Frage auf Totschlag und mit neun gegen drei Stimmen die Unterfrage auf Notwehr bezog. Über die Verurteilung der Notwehr bejaht. Das Gericht fällt nach kurzer Beratung folgendes Urteil:

Der Angeklagte wird wegen Totschlags, begangen bei der Ueberschreitung der Notwehr, zu acht Monaten zuchthausstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt meldete sofort die Wichtigkeitsbeschwerde an.

Ein neues Fabern im Elß.

Aus Straßburg wird über einen Zusammenstoß zwischen Unteroffizieren und Zivilisten, der sich in der Nacht zum Montag ereignete, von amtlicher Seite folgendes den Zeitungen berichtet:

Auf dem Heimwege zur Kaserne wurden drei Unteroffiziere vom Infanterie-Regiment Nr. 128 am Ausgang der Langen Straße von einer Gruppe Zivilisten mit den Worten: „Ihr Lauscher woben“ beleidigt. Als ein Unteroffizier die Beleidiger zur Rede stellte, holten diese aus einem nahe Wohnhause zehn bis zwölf junge Burschen und gingen zum Teil mit offenem Messer gegen die Unteroffiziere vor, welche zur Wehr blauf zogen. Dabei erhielt einer der Angreifer einen Hieb über das Gesicht. Beim Versuch zwei Burschen festzuhalten, erhielt ein Unteroffizier einen letzten Messerhieb in den Hinterkopf. Als sich die Unteroffiziere verteidigend nach der Kaserne zurückzogen, war die Menge, die sie verfolgte, schließlich auf 40 bis 50 Köpfe angewachsen. Die herbeigeeilte Polizei stellte mehrere Namen der Ergebenen fest. Die weitere Untersuchung ist im Gange.

